„Jetzt erst recht!“

Bekenntnis für ein inklusives, gerechtes und solidarisches Gemeinwesen

„Jetzt erst recht!“

60 Jahre Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.

Bekenntnis für ein inklusives, gerechtes und solidarisches Gemeinwesen

Stadtteilarbeit / Freiwilliges Engagement
Bildung / Erziehung
Kultur / Nachbarschaft
Beschäftigung / Qualifizierung

Inhalt

Zum Geleit 7

Bekenntnis für ein inklusives, gerechtes und solidarisches Gemeinwesen 9

1. Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen 13

2. Wunsch nach Mitgestaltung ernst nehmen 21

3. Vom Wert von Bildung und Arbeit 29

4. Verlust gewachsener Nachbarschaft 37

5. Für eine gemeinsame Einwanderungsgesellschaft 45

6. Schule als Klassen-Raum 53

Impressionen aus dem Jubiläumsjahr 61

Impressum 75

Zum Geleit

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2015 feierten wir das 60jährige Jubiläum des Vereins Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. und zugleich 66 Jahre von diesem Haus ausgehende Nachbarschaftsarbeit.

Egal ob 60 oder 66 Jahre – eines ist auf alle Fälle klar:

Nun gehören wir zum alten Eisen

Älter zu werden, heißt oft auch zurückzuschauen. „I did it my way" hat Frank Sinatra 1968 erstmals gesungen – „Ich hab's auf meine Art getan". Unser Nachbarschaftshaus ist seit seiner Gründung auch unverkennbar einen eigenen Weg gegangen, spannend in der Geschichte der Anfänge ab 1949, die wir im Jubiläumsjahr erstmalig in einer Ausstellung zeigten.

Aber auch spannend in den Jahrzehnten danach:

Hier entstand 1961 der erste fahrbare Mittagstisch in Deutschland.

Hier wurde für das Urwaldkrankenhaus von Albert Schweitzer Kleidung aufbereitet und dann per Container nach Afrika verschifft.

Auch die besondere Verbindung von sozialen und kulturellen Arbeitsansätzen ist hervorzuheben: Seit 32 Jahren gibt es Tanz im Nachbarschaftshaus durch taktlos.

Seit 30 Jahren arbeiten wir mit straffällig gewordenen bzw. delinquenzgefährdeten Jugendlichen.

Seit 1988 gibt es die intergenerative Theatergruppe Ikarus, ihr folgten andere generationenverbindende Angebote.

Hier entstanden tauschbasierte Initiativen, wie der Kreuzberger Tauschring vor mehr als 20 Jahren, und ganz neu wurde hier 2015 die BürgerGenossenschaft Südstern gegründet, eine der ersten Bürgergenossenschaften im großstädtischen Kontext.

Hier bildete sich vor etwa 20 Jahren der Arbeitsbereich Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit GEKKO heraus, der dieses Haus bekannt gemacht und besonders geprägt hat.

Hier wurde 1999 – zum ersten Mal ausgehend von einem Berliner Nachbarschaftshaus – eine FreiwilligenAgentur auf den Weg gebracht und in einem Trägerverbund gegründet.

In dieser Rückschau hat längst nicht alles Platz, aber der unverkennbar einzigartige Weg unseres Nachbarschaftshauses wird daran deutlich.

In unserem Alter kommen wir aber auch manches Mal ins Nachdenken.

Liegt es am Alter,

- dass wir in den letzten Jahren das Gefühl haben, dass unsere Arbeit nicht leichter wird, dass uns immer mehr abverlangt wird – notwendiges aber zu oft auch viel überflüssiges, dass unsere Mitarbeiter_innen immer öfter an die Grenzen des Machbaren stoßen?
- dass wir manchmal aber auch verrückte Sachen machen?

Im Sommer 2015 stellten wir ein riesiges Zirkuszelt in unseren Garten, boten eine Woche lang inklusive Akrobatikworkshops für Kinder und Jugendliche an und feierten am Ende eine Zirkusgala vom Feinsten.

- dass uns manche Entwicklungen aber auch ziemlich desillusionieren?

Seit mehr als 15 Jahren organisieren wir federführend in einem Trägerverbund eine bezirksweite Freiwilligen-Agentur. Von vielen Seiten wird uns deutlich gemacht, wie sehr diese Arbeit geschätzt wird, insbesondere auch von den Menschen, die uns aufsuchen, weil sie ein freiwilliges Engagement suchen und von vielen Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten.

Und doch ist es seit Gründung der FreiwilligenAgentur bis heute nicht gelungen, dieser anerkannten Infrastruktur zur Förderung freiwilligen Engagements mit einer nachhaltigen Finanzierung eine stabile Grundlage zu geben.

Liegt es am Alter,

- dass wir in den letzten Jahren wieder politischer geworden sind?
- dass wir uns nicht mehr vor jeden Karren spannen lassen, sondern bewusster schauen, was zu uns passt, aber auch, zu welchen Konditionen wir nicht mehr bereit sind zu arbeiten?
- dass sich unser Blick in den letzten Jahren immer noch mehr weitet, dass wir neue Themen für uns entdecken – wie das Thema Inklusion oder das Thema Wohnen?

Unser Blick weitet sich aber auch auf eine andere Art und Weise. Wir nehmen größere Räume in den Blick – im Kontext der Teilhabe älterer Menschen zum Beispiel den ganzen Südwesten Kreuzbergs und Kreuzberg 36 oder im Hinblick auf das komplexe Thema der Mietentwicklung, Aufwertung, Verdrängung über das Bündnis Solidarische Stadt auch die Gesamtstadt.

- dass uns Kooperationen noch wichtiger erscheinen, dass wir unsere Kompetenzen gern mit anderen Organisationen und Initiativen verbinden, wie in den Netzwerken für mehr Teilhabe älterer Menschen in Kreuzberg oder als Gründungsmitglied der BürgerGenossenschaft Südstern?

Ja, es liegt am Alter – aber nicht nur! Mit dem Alter sind wir an den Erfahrungen der Jahrzehnte gewachsen. Wir haben uns städtischen, sozialen und politischen Veränderungen und Entwicklungen gestellt, die unsere Nachbarschaft und Stadt geprägt haben. Dabei hat sich unser Blick für Chancen, aber auch für Missstände geschärft.

Mit dem Wissen um die Vergangenheit des Stadtteils können wir die Gegenwart kritischer und differenzierter betrachten und versuchen, die Zukunft mit den Menschen im Stadtteil besser zu gestalten. Ohne unsere Bereitschaft, lebenslang zu lernen und nie aufzuhören, Fragen zu stellen, wären wir trotz des hohen Alters nicht an diesem Punkt.
Wie Sie sehen werden, gehören wir noch lange nicht zum alten Eisen. Am Puls der Zeit zu bleiben, bedeutet für uns kreativ und innovativ zu handeln und mit unserem sozialen Auftrag auch politisch zu wirken. – Jetzt erst recht!

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen, wir freuen uns auf Ihre Resonanz und Ihren Besuch!

Bekenntnis für ein inklusives, gerechtes und solidarisches Gemeinwesen

Das Nachbarschaftshaus Urbanstraße arbeitet seit seiner Gründung stadtteilorientiert. Mit dem Wandel des Stadtteils und des Bezirks kommen immer wieder neue Herausforderungen und Aufgaben auf uns zu. Für uns bedeutet das, unser Handeln beständig neu zu verorten, kritisch zu reflektieren und unsere Arbeitsformen, unser Vorgehen aber auch unser Wirken zu überprüfen.
Der Handlungsbedarf im Stadtteil ist groß, die Themen sind zahlreich. Sie reichen von Rassismus in der Schule, über die Frage nach dem Wert von Arbeit bis hin zu Inklusion und der Bedeutung von behindertenrechtspolitischen Entscheidungen für das nachbarschaftliche Leben. Auch die soziale Wohnungsfrage wirkt in viele verschiedene Ebenen und Themen hinein. Und natürlich ist hier die aktuelle Zwangsmigration von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten zu nennen.
An der Themenvielfalt zeigen sich deutlich die gegenwärtigen Herausforderungen an die Stadtgesellschaft. Veränderung muss vor Ort beginnen und in die Gesellschaft hineinwachsen, denn die Auswirkungen globaler Entscheidungen werden auf lokaler Ebene erfahren.

In unserer Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit bauen wir gemeinsam mit Bewohner_innen und anderen Akteuren Netzwerke und Strukturen auf, um Veränderungen zu bewirken. Die Arbeit des Nachbarschaftshauses ist politisch als ein integratives Konzept zu verstehen, das sich – geleitet von der Vision eines inklusiven, gerechten und solidarischen Gemeinwesens – den Spaltungstendenzen der Gesellschaft entgegenstellt.
Wenn es in unserer Arbeit einerseits „um die Bedrohung von Lebenswelten oder die Einschränkung von Lebenschancen geht und andererseits um die Ausweitung von Handlungsalternativen (z.B. Mitbestimmungs- und Mit-

entscheidungsmöglichkeiten)", dann dürfen wir aber auch den Konflikt und die politische Auseinandersetzung nicht scheuen, betonte schon Dieter Oelschlägel, ein Pionier der Gemeinwesenarbeit in Deutschland, zum 50. Jubiläum des Nachbarschaftshauses.[1]

Für ein inklusives, gerechtes Gemeinwesen

Bewusst sprechen wir von Inklusion, anstatt von Integration. Während Integration von einer Aufnahmegesellschaft ausgeht, in der eine sogenannte Mehrheit die Norm definiert, in die sich Minderheiten einfügen müssen, beschreibt Inklusion mit Blick auf die Menschenrechte erstmal das Aufbrechen dieser Machtverhältnisse. Denn die Verschiedenheit von Menschen bedeutet nicht, dass sie in ihren Menschenrechten verschieden behandelt werden dürfen. Sie sind gleichberechtigt. Leider wird mit Blick auf Minderheiten in unserer Gesellschaft Recht mit Privileg gleichgesetzt. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben scheint ein Privileg zu sein, von dem bestimmte Bevölkerungsgruppen, z.B. aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Behinderung, sexueller Identität, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen, ausgeschlossen sind.
Diese Ausgrenzungs- und Benachteiligungserfahrungen prägen die Biographien vieler Bewohner_innen, die zu den sogenannten Minderheiten zählen. Entweder kämpfen sie unermüdlich als Aktivist_innen für die Einhaltung ihrer Rechte oder sie arrangieren sich trotz der Einschränkung ihrer Wahlfreiheit und Lebensqualität mit den Normen und Vorgaben der sozial dominierenden Mehrheit.

In einem inklusiven und gerechten Gemeinwesen müssen die Menschen die Rechte, die ihnen zustehen, weder einfordern noch sich mit deren Einschränkung arrangieren. Ein klassisches Beispiel für das bestehende Missverhältnis ist die mangelnde Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Menschen mit Behinderungen das Recht auf eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als Grundrecht zusagt. Sie ist seit 2009 in Deutschland gültig. Seitdem kämpfen Aktivist_innen in Deutschland für die Umsetzung und Durchsetzung der Konvention in ihrem Lebens- und Wohnumfeld.

Solidarität als Motor für Veränderung

Stellen Sie sich vor, wo wir heute stehen würden, wenn alle zusammen - unabhängig von ihrer Lebenssituation – die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention voranbringen würden?
Wir würden nicht mehr von einer Vision, sondern von einer Realität sprechen.
Wir brauchen mehr Solidarität zwischen Betroffenen und Nicht-Betroffenen. Das ist der erste Schritt, um das „traditionelle" Betroffenenengegament aufzubrechen und den Weg zu einem inklusiven, gerechten Gemeinwesen als Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen. Zu oft verhindern Eigeninteressen, Konkurrenzen aber auch fehlendes Bewusstsein ein solidarisches Miteinander.
Die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft werden aber nur gemeinschaftlich zu lösen sein. Eine Orientierung bieten uns auf diesem Weg die Menschenrechte[2], auf die wir uns in allen Bereichen unserer Arbeit beziehen können, sei es in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, mit Älteren, mit Migrant_innen oder auch mit Menschen mit Behinderungen. Auch unser Wirken im Stadtteil leitet sich von den Menschenrechten ab. Hier seien das Recht auf menschenwürdiges Wohnen und Leben (Artikel 25 der

Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) oder das Recht auf Asyl (Artikel 14) genannt.

Zu Recht kann die Frage gestellt werden, inwieweit unser Verein selbst die Ansprüche erfüllt, die wir u.a. an die Stadtgesellschaft stellen. Die Antwort lautet: Mal mehr, mal weniger. Oft werden wir über die Auseinandersetzung mit den Missständen im Stadtteil aber auf unsere eigenen Defizite aufmerksam, und bemühen uns diese zu bearbeiten. Seit 60 Jahren prägt diese Wechselwirkung zwischen Stadtteil, Bewohner_innen und Nachbarschaftshaus unsere Arbeit.

Zur Broschüre und ihrer Entstehung

Als wir 2013 die Jubiläumsplanungen aufnahmen, kam die Frage auf, ob und in welcher Form wir eine Jubiläumsbroschüre schreiben. Wir waren uns schnell einig, dass unsere Jubiläumsbroschüre „50 Jahre mittendrin“ von 2005 bereits einen sehr gelungenen Rückblick auf die ersten 50 Jahre der Geschichte unseres Vereins darstellt.

Daher griffen wir die Idee auf, den Blick auf aktuelle Themen und Entwicklungen und nach vorn zu richten. Welches Selbstverständnis haben wir als Mitarbeiter_innen des Nachbarschaftshauses und Akteure der Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit? Mit welchen Herausforderungen haben wir zu tun? Was treibt uns an, was gibt uns Orientierung?

Und nicht zuletzt: Welche politischen Wirkungen hat unser Handeln? Wie tragen wir mit unserer Arbeit zur Gestaltung des Gemeinwesens bei? Was ist unsere Rolle? Wie wollen wir unsere Arbeit verstanden wissen?

In der Auswahl der Themen mussten wir uns begrenzen. Mit dem Bezug zum Jubiläum anlässlich 6 Jahrzehnten Nachbarschaftshaus wählten wir 6 Themen aus, denen wir uns in der Broschüre intensiver widmen. Es hätten auch viel mehr Themen sein können, wir aber wollten und mussten uns begrenzen.
Die Auswahl der Themen und die Sammlung und Diskussion der Inhalte passierte über Monate im Rahmen einer erweiterten Steuerungsgruppe aus Mitarbeiter_innen und Geschäftsführung. Texte wurden entworfen, diskutiert, verändert und wieder zur Diskussion eingebracht. Die Themen sind natürlich viel komplexer als wir sie hier bearbeiten können – wir mussten uns reduzieren, um zu lesbaren Textumfängen zu kommen, die wir mit Fotos, Zitaten und Praxisbeispielen unterlegt und illustriert haben.

Entstanden ist eine Broschüre, die die Auseinandersetzung der Mitarbeiter_innen des Nachbarschaftshauses mit verschiedenen Themen unserer Arbeit zum Ausdruck bringt. Wir sind damit nicht fertig. Die Inhalte der Broschüre sollen in den kommenden Monaten auch breiter innerhalb der gesamten Mitarbeiterschaft des Nachbarschaftshauses diskutiert und bewegt werden. Aber wir hoffen auch, mit den Leser_innen der Broschüre über unser eigenes Nachdenken ins Gespräch zu kommen. In diesen Auseinandersetzungen wollen wir unsere Arbeit weiter selbstkritisch reflektieren und uns darüber für die Herausforderungen unserer Arbeit in der Zukunft aufstellen – für ein inklusives, gerechtes und solidarisches Gemeinwesen.

Auf den letzten Seiten der Broschüre finden sich einige Impressionen aus unserem Jubiläumsjahr 2015. Der Höhepunkt war für uns klar die Begegnung mit Anne Buller, einer der Begründerinnen der Nachbarschaftsarbeit hier in der Urbanstraße 21. Unvergesslich in Erinnerung wird uns ihr Besuch bleiben. Mit 90 Jahren machte sie die weite Reise von Ohio nach Berlin, um uns von den Anfängen 1949 zu erzählen. Ihr haben wir es zu verdanken, dass wir nach vielen Jahrzehnten endlich nun auch die Geschichte der Anfänge der Nachbarschaftsarbeit am Standort Urbanstraße 21 detaillierter verstehen und nachvollziehen konnten.

1 Oelschlägel 2005, S. 69 in „50 Jahre mittendrin"

2 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte siehe unter http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf, Zugriff: 31.03.2016

Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen

Spielplätze, Parks, Cafés, Straßenfeste, Kiezflohmärkte und Nachbarschaftshäuser bieten Gelegenheiten, bei denen Bewohner_innen unterschiedlicher Milieus und Generationen zusammenkommen, sich austauschen und Nachbarschaft erfahren können. Der Zugang zu diesen Orten und ihre Nutzung sind allerdings für Bewohner_innen, die körperlich und sensorisch in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, nicht selbstverständlich. Allzu oft werden sie mit Bedingungen konfrontiert, die von ihnen einen hohen Organisations- und Zeitaufwand abverlangen, sie ausgrenzen oder auf ein isoliertes Leben in ihren eigenen vier Wänden zurückwerfen.

„Eine barrierefreie Nachbarschaft bedeutet für mich, dass ich einfach noch näher, noch mehr dabei sein könnte,

Barrieren in der Nachbarschaft – nicht nur für Rollstuhlfahrer_innen

nicht alltäglich lange Wege für Einkäufe oder andere Erledigungen zurücklegen müsste, vor allem würde es die Möglichkeit beinhalten, mich in der Kneipe oder im Cafe um die Ecke einfach dazusetzen zu können, nicht immer erst 'ne halbe Stunde mit Regenponcho oder Handschuhen bis zur Marheineke Markthalle rollen zu müssen." schildert Rainer Sanner, aktiver Kiezbewohner, Redakteur bei der Berliner Behindertenzeitung und Rollstuhlfahrer sein Grundbedürfnis nach einem selbstbestimmten Alltagsleben auch in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Leider mangelt es im Umkreis des Nachbarschaftshauses an Angeboten und Bedingungen, die solch ein Alltagsleben ermöglichen würden. Keiner der Spielplätze ist für behinderte Kinder oder für Eltern mit Behinderung nutzbar. Von den zahlreichen Gastronomiebetrieben sind gerade mal drei zu 100% behindertengerecht. Der Kottbusser Damm bildet mit seinem Angebot an Apotheken, einem Sanitätshaus und dem einzigen als »seniorengerecht« ausgezeichneten Supermarkt eine wichtige Straße der Nahversorgung, z.B. für Bewohner_innen aus den drei Seniorenzentren oder -heimen im Graefe-Kiez. Jedoch hält der Weg zu diesen Angeboten für Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen, Sehbehinderungen einige Tücken wie Schlaglöcher, lose Bodenplatten und Wurzeln bereit. Oft sind die Bordsteine bei Übergängen und Ampeln viel zu hoch oder teilweise nur auf einer Straßenseite abgesenkt. Auch die Ampelanlagen selbst lassen zu wünschen übrig: keine einzige hat ein akustisches Signal, so dass sehbehinderte Menschen es hier besonders schwer haben. Zudem verschwinden die Sitzbänke aus dem öffentlichen Raum, die für Ältere, Schwangere oder auch chronisch kranke Menschen Gelegenheit bieten, sich zwischendurch auszuruhen.

Dieser Zustand im Graefe-Kiez offenbart vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention eine traurige Bilanz: Erfolge auf dem Papier und die übergreifenden Entwicklungen hin zu mehr Barrierefreiheit und Gleichstellung sind bislang noch nicht (gut) in der Nachbarschaft angekommen.

„Betroffenenengagement“ oder Solidarisierung in der Nachbarschaft?

Herausforderungen bei der Schaffung von barrierefreie(re)n Nachbarschaften

Mit Blick auf die Barrieren in der Nachbarschaft bemüht sich das Haus gemeinsam mit Bewohner_innen, die Bedingungen vor Ort zu verbessern. In diesen Bestrebungen stoßen die Mitwirkenden in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern auf verschiedene Herausforderungen und Grenzen ihres Wirkens und Handelns. Die Umsetzung von Mindeststandards der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum stellt keine Selbstverständlichkeit dar. Vielmehr müssen Betroffenenrechte eingefordert werden und Verantwortliche auf Seiten der Politik und der Verwaltung an Zusagen und Vereinbarungen erinnert werden. Frau H., eine betroffene Bewohnerin, schildert ihre Erfahrungen: „Oft wird die Barrierefreiheit in der Nachbarschaft nur halbherzig umgesetzt oder von vornherein vergessen. Was bringen Rechte auf dem Papier, wenn Verantwortliche für ihre Einhaltung nicht einstehen?“ Ähnliche Erfahrungen hat auch Michael Schädler, Architekt und engagierter Bewohner der Gruppe „Barrierefreie Nachbarschaft“ gemacht: „Gerade in Beteiligungsverfahren zur Gestaltung von öffentlichen Räumen wie im Fall der Spielplatzneugestaltung am Statthaus Böcklerpark werden die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen selten von vornherein mit eingeplant, wenn Betroffene dies nicht direkt einfordern.“

Offensichtlich können sich viele nicht-betroffene Bewohner_innen in dem Thema „Barrierefreiheit“ nicht verorten. Das Engagement wird oft auf ein „Betroffenenengagement“ reduziert. Solidarisierung ist allerdings für den Erfolg von Prozessen rund um die Barrierefreiheit grundlegend. „Neben den vorhandenen Gesetzen zur Barrierefreiheit ist eine Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange von Menschen mit Behinderung unabdingbar.“ erklärt es Ulrike Ehrlichmann, Behindertenbeauftragte Friedrichshain–Kreuzberg. Barrierefreiheit beginnt zuerst in den Köpfen.

Wir lernen vieles auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft

Bei dem Engagement im Stadtteil darf der Blick auf die Angebote und Veranstaltungen im Nachbarschaftshaus nicht fehlen. Diese sind nicht auf alle Formen von Mobilitätseinschränkungen ausgerichtet. „Doch wir arbeiten daran und sehen dies als eine große Herausforderung. Denn um glaubwürdig zu sein, müssen wir den Blick nicht nur kritisch auf die Nachbarschaft richten, sondern auch auf uns selbst. Und da gibt es Einiges, was auch wir noch lernen und umsetzen müssen, um unserem Leitbild einer inklusiven und solidarischen Gesellschaft gerechter zu werden." sagt Markus Runge, stellvertretender Geschäftsführer.

Auf dem Weg zu einer barrierefrei(er)en Nachbarschaft

Wichtige Kernelemente des Engagements sind die Schaffung von Räumen für Dialog und Austausch sowie die Aktivierung und Stärkung von Betroffenengruppen. Die Umsetzung erfolgt insbesondere über die Stadtteilarbeit. In Gesprächen mit betroffenen und nichtbetroffenen Bewohner_innen und mit Besucher_innen des Hauses kristallisierten sich verschiedene Schwerpunkte für das Handlungsfeld Barrierefreie Nachbarschaft heraus. Als wichtig wird insbesondere erachtet, im öffentlichen Raum über Barrierefreiheit zu informieren und dafür zu sensibilisieren, welcher konkrete Handlungsbedarf besteht. Um einen entsprechenden zielgruppenübergreifenden Austausch zu ermöglichen, müssen niedrigschwellige Begegnungsräume geschaffen werden. Außerdem ist es erforderlich, allen Bewohner_innen (mehr) Teilhabe zu ermöglichen.

Konkrete Verbesserungen im Stadtteil als gemeinsame Erfolge

Beispielhaft für die Arbeit des Nachbarschaftshauses zum Thema Barrierefreiheit sind folgende Projekte:

Mit einer Kiezbegehung bringen wir den Prozess ins Rollen

Gemeinsam mit Studierenden der Katholischen Hochschule, engagierten Bewohner_innen und Aktivisten aus dem Behindertenverband initiierte die Stadtteilarbeit im Graefe-Kiez im Februar 2013 einen Partizipationsprozess zur Gestaltung einer barrierefreien Nachbarschaft. Mit einem Kiezspaziergang über den Kottbusser Damm und die Graefestraße wurde der Prozess ins Rollen gebracht. Neben der Behindertenbeauftragten und dem Sozialstadtrat des Bezirks nahmen auch in ihrer Mobilität eingeschränkte und nicht-eingeschränkte Bewohner_innen, Vertreter_innen des Seniorenbeirates sowie des Behindertenverbandes an dem Kiezspaziergang teil.

Gemeinsam mit engagierten Bewohner_innen und Aktivist_innen aus dem Behindertenverband wurde nach dem Kiezspaziergang bei mehreren Besichtigungen sowie in Gesprächen mit der Behindertenbeauftragten, dem Leiter des Tiefbauamts und dem Baustadtrat der akute Handlungsbedarf diskutiert. Mit der anschließend erreichten Umsetzung von baulichen Veränderungen auf dem Kottbusser Damm und dem Hohenstaufenplatz konnten aktive Bewohner_innen 2014 gleich zwei Erfolge auf dem Weg zu mehr Barrierefreiheit verbuchen.

„Ich hätte nicht damit gerechnet, dass wir in so kurzer Zeit so viel erreichen. Ich habe festgestellt, dass es möglich ist

Eine Rampe als erster Schritt

mit wenig Aufwand etwas zu verändern." beurteilt Klaus Werner, betroffener Bewohner rückblickend sein Engagement in der Gruppe „Barrierefreie Nachbarschaft".

Mit einer Rampe sagen Sie „Herzlich willkommen"

Im Sommer 2014 startete das Nachbarschaftshaus mit der Bewohner_innengruppe „Barrierefreie Nachbarschaft" und der Behindertenbeauftragten Friedrichshain-Kreuzberg – inspiriert von einer Aktion der Berliner Organisation „Sozialhelden" – eine Rampenaktion im Graefe-Kiez. In der Urbanstraße und in der Dieffenbachstraße wurden Gespräche mit Gewerbetreibenden geführt, deren Läden die baulichen Voraussetzungen für das Aufstellen einer mobilen Rampe erfüllten. Bewusst sprach die Bewohnergruppe von „Rampentauglichkeit" und nicht von „Barrierefreiheit", da z.B. kaum ein Gastronom im Graefe-Kiez behindertengerechte Sanitäranlagen hat. Trotzdem sollten sie die Möglichkeit haben, ein Zeichen für eine Willkommenskultur zu setzen. „Ein Aha-Effekt war für mich zu erleben, dass sie in dem kleinen Friseurladen auf der Urbanstraße selbst eine Rampe aus Latten zusammengenagelt haben, wohl weil ihnen auch die von uns empfohlene Rampe mit knapp 100 € noch zu teuer war, und sie die Möglichkeit sahen, so'n Ding passgerecht selbst zu bauen. Seitdem bin ich dort auch Kunde." schildert Herr Sanner seine Begeisterung.

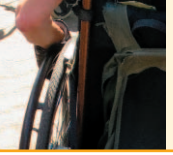
Solidarität und Gerechtigkeit als gelebtes Handeln

Mit einer Qualifizierungsreihe bauen wir Brücken

Im Rahmen des Projektes „Brücken bauen für Inklusion und Teilhabe“, gefördert über das Programm Lokales Soziales Kapital, bot das Nachbarschaftshaus eine kostenlose Qualifizierungsreihe für Bewohner_innen aus Kreuzberg an. Von Oktober 2014 bis April 2015 konnten sich Bewohner_innen in sechs thematisch vielfältigen Workshops u.a. zu Formen von Mobilitätseinschränkungen, zur barrierefreien Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungsplanung weiterbilden. Die Vermittlung von alltagstauglichem, praktischem Wissen stand dabei im Vordergrund. Regelmäßige Austauschtreffen und Exkursionen z.B. zu „barrierefreien Orten“ rundeten die Qualifizierungsreihe ab. Es nahmen insgesamt 14 Personen aus unterschiedlichen Zusammenhängen teil - vom Bewohner, der sich bereits in seinem Kiez für das Thema engagiert und sich inhaltlich weiterbilden möchte, bis zur Rentnerin, die sich vorstellen könnte, Betroffenen zu assistieren. Selbst eingeschränkte Teilnehmer_innen wiederum sahen in der Weiterbildung eine Möglichkeit, ihr Erfahrungswissen um Fachkenntnisse zu ergänzen.

Mit konkreten Schritten kommen wir der Utopie näher

Die Arbeit des Nachbarschaftshauses und engagierter Bewohner_innen zeigt deutlich, dass das Thema Inklusion nicht nur eine Frage der Gesetzgebungen, sondern vor allem auch eine Frage der Haltung ist. Diese Haltung zeigt sich in einem solidarischen Engagement für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von der eigenen Betroffenheit. Es gilt initiativ zu werden, um gemeinsam eine Gesellschaft zu gestalten, in der jede_r in seiner individuellen Verschiedenheit respektiert und als Bereicherung wahrgenommen wird. Uns als Nachbarschaftshaus dabei aktiv für die Menschenrechte aller einzusetzen ist ein Schritt, bei dem es vor allem darauf ankommt, dass viele Beteiligte sich näher kommen können. Für den Prozess sind gerade die Menschen besonders wertvoll, die mit ihrem konkreten Engagement in Nachbarschaft, Verwaltung und Ämtern vorangehen und damit anderen Hoffnung und Mut machen und Wege aufzeigen. Solidarität und Gerechtigkeit sind dann keine abstrakten Begriffe, sondern gelebtes Handeln, mit dem wir der Utopie Stück für Stück näher kommen können.



Wunsch nach Mitgestaltung ernst nehmen

Gesellschaftliches Engagement und Beteiligung sind wichtige Ressourcen und elementare Bestandteile einer funktionierenden Demokratie. Sie schaffen Anlässe für Begegnung, Austausch und Einigung zwischen Menschen, sie bieten ihnen Möglichkeiten, für das Gemeinwesen aktiv zu werden und sich mit ihm zu identifizieren. So stärken sie Zusammenhalt und ein friedliches Zusammenleben. Beteiligung braucht Zeit, Freiräume und Orte für Entwicklung und Gestaltung.

Das Nachbarschaftshaus ist einer dieser Orte: Hier gibt es den Rahmen für Zusammenkünfte in einer Atmosphäre von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung, wo Menschen auf Mitarbeiter_innen treffen, die für neue Ideen und individuelle Anliegen offen sind, sie ernst nehmen und sie darin unterstützen, Gleichgesinnte zu finden, gemeinsame Vorhaben zu entwickeln und zu verwirklichen.

Die Motive für Engagement sind enorm vielfältig

Wie viel sind Engagement und Partizipation den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren wert? Wie können sie auch künftig wachsen und welche Voraussetzungen brauchen wir, um sie zu fördern?

Motive für Engagement – Viele gute Absichten und Erfahrungen…

Menschen möchten sich zu anderen in Beziehung setzen, Teil einer Gemeinschaft sein und ihre eigene Wirkung auf sie erleben. Eine Voraussetzung, dieses Bedürfnis befriedigen zu können, ist gesellschaftliche Partizipation in unterschiedlicher Form.

Dies spiegelt sich auch in vielfältigen Motiven wider, aus denen (heraus) sich Menschen freiwillig engagieren, nach denen die FreiwilligenAgentur in persönlichen Beratungen regelmäßig fragt: Genannt werden „sinnvoll tätig sein, Freude an der ehrenamtlichen Aktivität, Kontakte knüpfen, Anderen helfen, gebraucht werden, etwas verändern, eigene Fähigkeiten anwenden, Neues ausprobieren und lernen, den Horizont erweitern“ und „neue Perspektiven gewinnen“.

Auch Möglichkeiten, selbstbestimmt und gestalterisch zu handeln, und gemeinsam mit anderen gesellschaftlich etwas zu bewegen, spielen eine wichtige Rolle. Wir können beobachten, dass Menschen aus den Kreuzberger Kiezen, in denen wir mit der Gemeinwesenarbeit des Nachbarschaftshauses aktiv sind, gerne die Lebensqualität im eigenen Umfeld erhalten oder verbessern wollen:

„Ich möchte einfach konkret Dinge in meinem Kiez mitgestalten. Schließlich wohne ich hier.“

„Ich finde es wunderbar, durch mein Engagement mit anderen ins Gespräch zu kommen und meine Nachbarn kennenzulernen. Das schafft Austausch und soziales Miteinander.“

„Ich kann selbst etwas tun und zum Positiven verändern, das ist ein schönes Gefühl.“

Von Anfang an ist unsere Arbeit als Nachbarschaftshaus untrennbar mit der Unterstützung und Mitgestaltung durch Freiwillige verbunden und bereichert sie immens.

… und die Aussichten?

Im Diskurs um Freiwilliges Engagement und seine Wirkungen gibt es aber auch kritische Stimmen, die beklagen, dass Freiwillige zunehmend als Lückenbüßer für immer mehr Aufgaben der Daseinsvorsorge fungieren. Aus Gründen der Kosteneinsparung zögen sich Staat und Kommunen insbesondere bei den sozialen Dienstleistungen immer mehr aus ihrer Verantwortung zurück. Außerdem verdränge Freiwilligenarbeit teilweise hauptamtliche Stellen, wenn immer mehr Aufgaben durch Ehrenamtliche erbracht würden, so die Befürchtungen auch von Mitarbeiter_innen sozialer Organisationen. Tatsächlich könnten viele gemeinnützige Einrichtungen ihr umfassendes Angebot für Bürger_innen nicht ohne die Unterstützung durch Freiwillige aufrechterhalten.

Kritische Aspekte von Bürgerbeteiligung

Auch in Kreuzberg beklagt ein Teil der engagierten Bewohner_innen im Hinblick auf die Stadtgestaltung, dass Aufrufe zur Bürgerbeteiligung eher eine Alibi-Funktion erfüllten, sie aber in entscheidenden Fragen ausgeschlossen würden, zu spät von Vorhaben erfahren und bestimmte Gruppen benachteiligt würden. So sind z.B. bei Volksentscheiden wie dem zum „Tempelhofer Feld“ viele Anwohner_innen aufgrund ihrer nicht-deutschen Staatsbürgerschaft nicht abstimmungsberechtigt und somit von einer Mitbestimmung ausgegrenzt.

Obwohl von politischer Seite der Wunsch nach einem umfassenden bürgerschaftlichen Engagement in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen wie der Pflege, Nachbarschaftshilfe, Kinder- und Jugendarbeit und Grünpflege beschworen wird, und Erfahrungen zeigen, dass die Förderung, Organisation und Koordinierung von Engagement kontinuierliche professionelle Strukturen brauchen, fehlt dafür vielerorts eine stabile Infrastruktur und deren finanzielle Absicherung: Etliche Freiwilligenagenturen – so auch unsere in Friedrichshain-Kreuzberg, die umfassend zu Einsatzfeldern und Engagementfragen beraten, sind so befristet oder prekär finan-

Nicht jedes Engagement ist gern gesehen

ziert, dass sie oft einen erheblichen Teil ihrer Zeit und Kraft darauf verwenden müssen, ihr eigenes Fortbestehen zu sichern. Viele Bezirke sehen sich angesichts umfassender Sparauflagen nicht in der Lage, die notwendigen Mittel für Engagementförderung bereitzustellen.

Gutes und schlechtes Engagement: „Gut-oder Wutbürger_innen"?

Diejenigen, die mit ihrem Engagement Positives für Andere oder ihr Wohnumfeld bewirken möchten, sind - mehr oder weniger - von der Politik gewollt. Auch wenn sich Entscheidungsträger mit dem Entgegenkommen bei Gestaltungswünschen von Bürger_innen mitunter schwertun, werden diese in Reden gerne als „der Kitt unserer Gesellschaft" bezeichnet, ohne den wir kein Miteinander hätten.

Wie willkommen aber ist die Beteiligung derjenigen, die über den Protest und die Ablehnung gegen bestimmte kommunale Vorhaben und Missstände aktiv werden und sich politisch zu Initiativen formieren? Sie erscheinen öffentlichen Vertreter_innen oft unbequem, weil sie mit ihren Forderungen nach Partizipation und basisdemokratischer Mitgestaltung Planungen aufwendiger, langwieriger machen und sie manchmal sogar verhindern. Sie werden selten als freiwillig Engagierte betrachtet, nicht öffentlich anerkannt und belobigt. Dennoch schaffen sie oft mehr öffentliche Aufmerksamkeit für Vorhaben und bewirken Veränderungen, die dann eine breitere Basis der Beteiligung und Meinungsbildung zur Grundlage haben, als wenn Vorhaben nur auf administrativ-politischer Ebene beschlossen worden wären.

„Ich glaube, wir waren mit dem Volksentscheid gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes auch deshalb erfolgreich, weil da von Senatsseite schon wieder ein Großbau-

Gemeinwesenarbeit für Beteiligung und Selbstorganisation

vorhaben wie die neue Landesbibliothek vorgesehen war. Das tragen die Bürger_innen nicht mit in Zeiten, in denen ein nicht fertig gestellter Flughafen jeden Monat Millionen verschlingt, die im sozialen Bereich hunderte von Projekten retten könnten.", so eine Bewohnerin aus Kreuzberg.

Förderung von Engagement und Selbstorganisation

In unserer Gemeinwesenarbeit ist es eine langjährige Tradition, die Menschen in den Kiezen einzuladen und Interessierte dabei zu begleiten, ihre Lebensbedingungen im eigenen Wohnumfeld zu verbessern. Neben knapp zwei Jahrzehnten im Graefe-Kiez und in der Düttmann-Siedlung sind weitere Kieze hinzu gekommen, in denen wir Bewohner_innen durch die Gemeinwesenarbeit des Nachbarschaftshauses darin unterstützen, z.B. den Verkehr zu beruhigen, Baumscheiben zu bepflanzen und bei Stadtteilfesten, Sperrgut- und Flohmärkten nachbarschaftliche Kontakte aufzubauen.

Seit mehreren Jahren sorgt im Graefe-Kiez die Veranstaltungsreihe „Was glauben die Nachbarn?" für Einblick in andere Religionen: Bei einer Führung durch die Islamische Moschee, einem Besuch im Buddhistischen Zentrum oder im Jüdischen Gemeindehaus, der Teilnahme an christlichen Gottesdiensten oder am Tanz der Sufis können Interessierte ihnen unbekannte Glaubensrichtungen kennenlernen und sich am interreligiösen Dialog beteiligen.

Selbstorganisation mit Tauschring und Repaircafé

Anfang der neunziger Jahre entstand mit Unterstützung des Nachbarschaftshauses der Kreuzberger Tauschring, ein selbstorganisiertes mitgliederbasiertes Netzwerk von Menschen aus der Nachbarschaft, welches den Gedanken des Dienstleistungstauschs aufgriff und neu belebte. Er erfreute sich großer Resonanz und war bundesweit beispielgebend für viele Neugründungen. Wer sich bestimmte Hilfen nicht leisten kann, gewinnt so Zugang zu dem, was er/sie braucht. Menschen bieten selbst für Andere das an, was sie gut können, und erhalten im Gegenzug Unterstützung für etwas, worin sie nicht so versiert sind. Indem jede geleistete Arbeitsstunde gleich bewertet wird, sorgen Zeitkonten für den Ausgleich der Beteiligten untereinander. Bis heute kann hier Kinderbetreuung gegen Fahrradreparatur und vieles andere getauscht werden.

Nachbarschaft und Teilhabemöglichkeiten entwickeln

Seit geraumer Zeit schon setzt ein Repair-Café im Nachbarschaftshaus der Ressourcenverschwendung und dem Wegwerfzwang vermeintlich nicht mehr reparabler Elektroartikel ein Angebot entgegen: Die Besucher_innen bringen ihr kaputtes Radio, den Videorecorder oder den Föhn unter Anleitung mit kleinen, kostengünstigen Ersatzbauteilen wieder auf Vordermann, statt gleich das ganze Gerät zu entsorgen. Wer teilnimmt, erweist meist der Umwelt einen guten Dienst und macht sich selbst eine Freude, weil so Kosten und Mühe gespart werden können, ein Neugerät zu beschaffen. Gleichzeitig macht es sogar Spaß, dabei Gleichgesinnte zu treffen und ins Gespräch zu kommen.

Netzwerke der Nachbarschaftshilfe und „Für mehr Teilhabe Älterer“

Aktuell greifen wir die Auswirkungen demografischer Entwicklung auf, durch die immer mehr ältere Menschen in Kreuzberg künftig – von Altersarmut bedroht - in ihren Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt sein werden. Um möglichst lange im vertrauten Umfeld wohnen bleiben zu können und durch

Menschen aus der Nachbarschaft Unterstützung zu finden, gibt es gleich zwei Initiativen, die Netzwerke nachbarschaftlicher Hilfe aufbauen. Die Bürgergenossenschaft Südstern e.V. und das Netzwerk zur Teilhabe älterer Menschen in Kreuzberg bemühen sich um mehr Information über die vielfältigen lokal vorhandenen Hilfsangebote, den Aufbau und Austausch gegenseitiger nachbarschaftlicher Unterstützung auf freiwillig-individueller und professionell organisierter Ebene.

„Unser Anliegen ist es, den Menschen, die hier wohnen, zu ermöglichen, dass sie hier alt werden können. Viele kennen ihre Nachbarn nicht und würden sich für sie einsetzen, wenn sie wüssten, was sie brauchen. Das wollen wir mit der Bürgergenossenschaft auf den Weg bringen: Ein

Verantwortungsbewusstsein wächst, wo Beteiligung in der Breite gelingt

Netzwerk von Nachbarn, die füreinander da sind, schließlich kann jeder irgendetwas.", so ein Mitglied der Bürgergenossenschaft.

Selbstverständnis und Perspektiven unserer Arbeit

Wer sich orientieren möchte, um aus einer Vielzahl möglicher Engagementfelder das für sich passende herauszufinden, der kommt zur persönlichen Beratung in die FreiwilligenAgentur oder ins Nachbarschaftshaus. Gemeinsam klären wir dann, welche Vorstellungen er hat im Hinblick auf den Inhalt der Tätigkeit, den Zeiteinsatz, die Größe und Art der Organisation und die Zielgruppe, mit der er sich beschäftigen möchte.

Aber auch wer mit einer Idee für die Gründung einer eigenen Initiative oder mit einem politischen Anliegen ins Nachbarschaftshaus bzw. in die FreiwilligenAgentur kommt, erhält Beratung und Unterstützung, unabhängig davon, ob die Idee aus dem Protest gegen einen Missstand oder aus der Motivation des Hilfegedankens entstanden ist. Für uns gilt der Grundsatz, dass zunächst jedes Anliegen für gesellschaftliche Veränderung, Gestaltung und Beteiligung berechtigt und willkommen ist. Im Vordergrund steht, Menschen mit ihren Vorstellungen und Ideen zuzuhören, sie ernst zu nehmen mit ihren Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnissen.

Darüber hinaus bieten wir auch Organisationen, die Freiwillige zur Unterstützung ihrer Arbeit gewinnen möchten, Beratung zur Förderung des Engagements in ihrer Einrichtung und Fortbildung zum Freiwilligenmanagement an.

In vielen Jahren haben wir so gemeinsam mit engagierten Bürger_innen und Kooperationspartnern aus Organisationen ein breites Spektrum sozial-kultureller und gesellschaftlich relevanter Themen aufgegriffen, Handlungsansätze weiterentwickelt und umgesetzt.

Bei all diesen Initiativen, die wir begleiten und beraten haben, können wir immer wieder beobachten: Dort, wo es gelingt, eine breite Basis für Beteiligung zu schaffen, wachsen das Verantwortungsbewusstsein von Bürger_innen, die Akzeptanz für ihr Umfeld und die Identifikation der Menschen mit dem Kiez. Voraussetzungen sind einerseits unterstützende Strukturen der Moderation, Infor-

Zur Mitgestaltung motivieren, zu Möglichkeiten informieren

mation und Beratung, wie wir sie bereitstellen, andererseits aber auch kommunale Repräsentant_innen und Mitarbeiter_innen in der Verwaltung, die sich den Anliegen ihrer Bürger_innen öffnen und auf sie eingehen.

Wir stehen heute gesamtgesellschaftlich an der Schwelle einer notwendigen Kursänderung. Immer deutlicher stoßen wir an die Grenzen einer Lebensweise, die einseitig auf Wachstum, Wohlstand, Konsum und Besitz orientiert ist und dabei zu wenig Antworten auf die Fragen der Ungleichverteilung, der Endlichkeit natürlicher Ressourcen und der Nachhaltigkeit hat. Es wird jeden Einzelnen brauchen, um gemeinsam ein Gesellschaftsmodell zu entwerfen, das sich diesen Zukunftsfragen und Herausforderungen zuwendet und damit die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben schafft.

Unser Ziel ist es, auf lokaler Ebene das Nachbarschaftshaus weiterhin und verstärkt zu einem Raum für Begegnung und Beteiligung zu entwickeln, auch um diese Fragen zu thematisieren und zu diskutieren. Wir wollen erreichen, dass allen Bewohner_innen des Stadtteils hier - und durch Vermittlung der FreiwilligenAgentur darüber hinaus auch an anderen Orten – Teilhabe und Beteiligung ermöglicht werden, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Lebens–alter, ihrem kulturellen, religiösen oder sozialen Hinter–grund. Wir sehen unsere Aufgabe dabei sowohl darin, Menschen zur aktiven Mitgestaltung zu motivieren und sie über konkrete Möglichkeiten, Anlässe und Mitwirkungsprozesse zu informieren, als auch Engagierte bei Bedarf zu beraten und in ihrem Engagement ganz konkret zu unterstützen.

Vom Wert von Bildung und Arbeit

Aktuelle Diskussionen über Bildung und Arbeit zeigen die große Bedeutung für die Integration von Menschen und ihre gesellschaftliche Teilhabe. Menschen in Beschäftigung zu bringen oder Bildungsangebote für sie zu schaffen, die formal anerkannt werden, ist mit etlichen bürokratischen Hürden und einem eher engen Begriffsverständnis verbunden. In der Regel reicht es nicht aus, dass jemand durch eine lange ausgeübte Tätigkeit Kompetenzen in der Praxis nachweisen kann. Solange er dies nicht an Hand eines formalen Ausbildungsabschlusses belegen kann, sind die erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen wenig wert. Das betrifft die zu uns geflüchteten Menschen ebenso wie die, die die Hürden einer Berufsbiographie mit vielen Wechseln, Unterbrechungen und Abbrüchen bei ihrer Suche nach Arbeit zu spüren bekommen. Und selbst höher und mehrfach ausgebildete Menschen haben heute keine Garantie mehr auf kontinuierliche, gut bezahlte Beschäftigung. Denn obwohl statistisch gesehen viele Menschen erwerbstätig sind, gehören beständige, „gradlinige“ Erwerbsbiographien in vielen Bereichen der

Bildung als Garant für berufliche und gesellschaftliche Teilhabe

Vergangenheit an. Die damit verbundenen Herausforderungen durch sich wiederholende Umorientierungs- und Anpassungsprozesse der Einzelnen, ihre Unsicherheiten und ihre Suche nach Anbindung begegnen uns im Nachbarschaftshaus und in der Nachbarschaft alltäglich. Ob Geflüchtete oder Arbeitsuchende –sie alle empfinden es als ausgrenzend und quälend, wenn sie nichts für ihr Auskommen tun und an Arbeitsprozessen nicht teilhaben können.

Ein eher enges Begriffsverständnis

Dabei ist das ursprünglich auf die jungen Jahre beschränkte Bildungsverständnis längst dem ganzheitlicheren Blick auf das lebenslange Lernen gewichen, bei dem Menschen in jedem Alter nicht nur geistige, sondern auch kulturelle, soziale und lebenspraktische Kompetenzen erwerben und erweitern, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Zudem spielen heute in der Bildungsdiskussion das kollektive Lernen in Gruppen und Organisationen, interkulturelle, intergenerative, demokratische und globale Aspekte, soziale Fähigkeiten – zumindest verbal – eine wichtige Rolle.

Aber wie sieht es in der Praxis aus? Noch immer bestimmen primär Herkunft und Bildung des Elternhauses - mehr als Leistung und Anstrengung - über Berufs- und Karriere-Chancen von jungen Menschen. Noch immer ist gerechtere Chancenverteilung für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus ein Ziel für morgen, während heute weiter über die geeigneten Wege dahin gestritten wird.

Angesichts steigender Herausforderungen, sich flexibel und umfassend an sich schnell verändernde Arbeitsmarktbedingungen anzupassen, wurde auch die Erwachsenenbildung stärker in den Fokus genommen. Dabei richtet sich das Augenmerk meist auf ein Nach-Beschulen, berufliches Umorientieren oder den Erwerb von (Zusatz)-Qualifikationen. Oft zielt die Teilnahme Erwerbsloser an Beschäftigungs- und Schulungsmaßnahmen vorrangig auf die sogenannte Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Der persönliche Nutzen und die damit verbundenen individuellen Wünsche der Teilnehmenden scheinen diesem Anspruch untergeordnet. Auch der Ansatz, von ihren Stärken und Talenten auszugehen, hat darin in der Regel wenig Platz.

Erfahrungen und Kompetenzerwerb durch non-formale Bildung

Den Bildungs- und Arbeitsbegriff weiter fassen…

Unsere Gesellschaft verharrt also mit dem derzeitigen Bildungsverständnis ganz überwiegend in Kategorien der absichtlichen, formalen, schulischen Bildung, repräsentiert von Institutionen. Zu wenig wird danach gefragt, wie Arbeit verteilt ist und inwieweit formale Bildung überhaupt geeignet ist, die Chancen der/des Einzelnen auf einen Arbeitsplatz zu erhöhen. Und ebenso wenig wird gefragt: „Wie können Bildung und Arbeit gestaltet werden, damit sie Neugier fördern, Freude machen, begeistern, die Entwicklung des Individuums fördern und seine Gesundheit erhalten?"

Voraussetzung dafür wäre ein umfassenderer Bildungs- und Arbeitsbegriff, der dem interessengeleiteten Lernen und dem Erfahrungslernen, unabhängig von Institutionen, Raum gibt. Hierbei werden das Entdecken, Ausprobieren und Reflektieren neuer Eindrücke mit kreativen Methoden ermöglicht. Dies geschieht auf individueller und kollektiver Ebene, in sozialen Zusammenhängen, wie z.B. im Freiwilligen Engagement.

Oft sind es gerade solche Bildungsmöglichkeiten, von- und miteinander zu lernen, durch die Menschen nachhaltiger und wirkungsvoller neue Fähigkeiten erwerben, ihre persönlichen und fachlichen Kompetenzen verbinden und mit ihrem individuellen (Berufs-)Weg stärker in Einklang bringen können als im Rahmen formeller Bildungsangebote mit Unterricht oder Lehrgängen.

Fehlen beim Lernen und Arbeiten positive Erlebnisse bei der Anwendung von Fähigkeiten, Identifikation mit den Inhalten, bewusstes schöpferisches Schaffen und selbstbestimmtes, verantwortliches Handeln, führt das zu Unter- oder Überforderung und Frustration – wie wir an vielen Schulen und Arbeitsplätzen beobachten können. Die

Das Nachbarschaftshaus –
ein Ort des Lernens und den Horizont zu weiten

Folge sind Desinteresse an den vorgegebenen Inhalten, Entfremdung gegenüber der eigenen Tätigkeit, „innere Kündigung“ und gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Die Herausforderung besteht also darin, Bildung und Arbeit begrifflich weiter zu fassen und Orte der Begegnung und eines Lernens vielfältigster Formen zu schaffen, damit Menschen jeden Alters und jeder Herkunft die Chance haben, an ihren Interessen und dem persönlichen Nutzen orientiert mit Freude zu lernen. Denn Bildungs- und Arbeitsstätten sind immer auch Orte für Zugehörigkeit und Wohlbefinden, Kreativität und Beteiligung.

Ein Ort für unterschiedliche Bildungs- und Arbeitsformen

Das Nachbarschaftshaus verbindet auf sehr vielfältige Weise Bildung und Arbeit, es ermöglicht Begegnung, Austausch und Freiwilliges Engagement und organisiert soziale und kulturelle Angebote.

Foto: Tanja Krokos

Gerade in der Erwachsenenbildung und im Bereich der geförderten Beschäftigung hat das Haus seit Jahrzehnten aus gesellschaftlichen Entwicklungen resultierende Bedarfslagen abgeleitet und immer wieder neue Angebote entwickelt. Menschen, die Perspektiven aus der Erwerbslosigkeit suchen, fanden und finden hier ebenso Möglichkeiten der Umsetzung wie die, die sich für neue Arbeits-, Lern- und Lebensformen interessieren.

So halten das Haus und seine Standorte für viele Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg ein ganzes Spektrum verschiedenster Lern- und Betätigungsmöglichkeiten bereit: Angefangen bei den Theatergruppen, in denen Menschen auf Grundlage ihrer Biografien Stücke erarbeiten, improvisieren, assoziativ Neues entwickeln, über kör-

Individuelles Lernen –
in ein großes Ganzes eingebunden

perorientierte und Gesundheit erhaltende Kurse wie Atem, Tanz, Tai Chi, Yoga und Bewegung oder Kreativ-Workshops wie Malerei, Schreiben, Töpfern, Schneidern und Handarbeiten bis hin zu den Zielgruppen-orientierten Angeboten für Frauen, ältere Menschen, Familien, Jugendliche und Kinder sowie zu Angeboten der Selbsthilfe. Auch ehrenamtlichen Sprachkursen für und von Geflüchteten bieten wir Raum und einen organisatorischen Rahmen.

Daneben stehen den Nutzer_innen und Besucher_innen zahlreiche Beratungsangebote und – durch die Vernetzung und Kooperation mit anderen Organisationen – weitere Anlaufstellen zur Verfügung, die ihre Bildungs- und Handlungsmöglichkeiten um ein Vielfaches erweitern.

Die von Erwerbslosigkeit Betroffenen können im Arbeitsbereich „Beschäftigung und Qualifizierung" über geförderte Beschäftigung einen Wiedereinstieg in Arbeit finden, und zwar in verschiedenen Tätigkeitsfeldern des Hauses, in denen sie gebraucht werden und sich betätigen möchten. Dabei steht für uns ein qualitativ anspruchsvolles Bildungs- und Beschäftigungsverständnis im Vordergrund, das die persönlichen Neigungen der Einzelnen berücksichtigt und auf das Gelingen zielt, sie mit ihren Stärken und Einschränkungen so einzubinden, dass sie sich respektiert und anerkannt fühlen. Die Arbeit im Team, die Anleitung und Einbindung durch hauptamtliche Mitarbeiter_innen in reguläre Arbeitsprozesse und ein aktives Umfeld mit Gelegenheiten, sich auszuprobieren und in der Praxis zu lernen, fördern das Selbstvertrauen, machen Mut, Ideen umzusetzen und neue Perspektiven zu gewinnen. Den Maßnahmeteilnehmer_innen werden Strukturen geboten, in denen sie Halt finden, begleitet werden und gleichzeitig Gestaltungsspielraum haben.

Beispiele der Vielfalt

Beispielhaft für ein anderes Bildungsverständnis war die Gründung des Vereins „Denkste e.V." mit Sitz im Nachbarschaftshaus, eine Art „alternative Volkshochschule". Bereits 1985 entstand der Verein aus einer Initiative erwerbsloser Lehrer_innen, die ein Kursprogramm für kleine Gruppen Jugendlicher und Erwachsener zusammenstellte, das sich an den Interessen der Teilnehmer_innen orientierte und Themen aufgriff, die bis dahin anderswo kei-

Vielfältige Möglichkeiten
für Beschäftigung und Qualifizierung

nen Platz fanden. Viele der damaligen Ideen sind heute in freien Bildungsangeboten wiederzufinden.

Vor über 25 Jahren (1988/89) begann mit „PottPorree" die erste geförderte Beschäftigungsmaßnahme im Nachbarschaftshaus mit dem Ziel der (Re-)Integration von langzeiterwerbslosen Frauen in den Arbeitsmarkt, unter ihnen ein größerer Teil Migrantinnen. Die Teilnehmerinnen, von denen einige keinen abgeschlossenen Schul- oder Berufsabschluss hatten, lernten in der hauseigenen Großküche kochen und wurden neben dem Bereich der Hauswirtschaft auch in begleitenden Unterrichtseinheiten (Deutsch, Fachrechnen, Ernährungslehre u.a.) umfassend ausgebildet und sozialpädagogisch beraten und betreut. Bis heute ist „PottPorree" – in reduziertem Rahmen – Bestandteil des Hauses.

2005 startete die „Kreuzberger Mehrarbeit", ein Kooperationsverbund verschiedener kleiner Kreuzberger Träger, in dem das Nachbarschaftshaus federführend ist. Die Maßnahmen zielen darauf, langzeiterwerbslose Männer und Frauen, viele mit Migrationsgeschichte, in die Arbeitsprozesse verschiedener sozialer Träger einzubinden. Sie ermöglichen den Teilnehmenden, ihre Kompetenzen zu erweitern und die Beschäftigungs- und Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Zitate der Teilnehmenden unterstützen diese Aussagen: „.. zu Hause würde ich durchdrehen, wenn ich die Unterstützung hier nicht hätte…", „Hier habe ich mehr Deutsch gelernt als anderswo.", „Die Maßnahme ist wie Therapie für mich.", „Ich will arbeiten!", „Hier bekomme ich Unterstützung, selbst aktiv zu werden.".

Eine andere Form uns mit dem Thema Arbeit auseinanderzusetzen, war es, als wir 2012 eine ganze Reihe verschiedener Veranstaltungen unter dem Titel „Wert der Arbeit – Menschen ohne Wert" zusammenfügten. Wir zeigten die Ausstellung „Arbeit ohne Wert?" aus dem Nachbarschaftsheim Schöneberg, organisierten eine Gesprächsrunde zum Wert der Arbeit, luden die „Spätzünder" mit ihrem Theaterstück „Hartz IX" zu uns ein und präsentierten den Film „Die Überflüssigen". Über unterschiedliche Zugänge wollten wir die Auseinandersetzung über Bildung und Arbeit hier in Kreuzberg fördern. Dabei war es uns wichtig, Betroffene selbst zu Wort kommen zu lassen.

Den Bildungs- und Arbeitsbegriff für neue Perspektiven weiten

Anspruch und Realität

Dem Anspruch von Seiten der fördernden Jobcenter, den Teilnehmenden durch die Maßnahme den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, steht allerdings entgegen, dass nur wenige geeignete offene Stellen für diesen Personenkreis vorhanden sind. So geht ein größerer Teil von ihnen zwar am Ende mit einer gestärkten Arbeitsmotivation und positiven Impulsen für die persönliche Entwicklung aus der Maßnahme hervor, kann aber den neu gewonnenen Mut angesichts fehlender Arbeitsmöglichkeiten nicht nutzen. Sowohl für sie selbst als auch für die Mitarbeiter_innen des Nachbarschaftshauses, die eine Weiterbeschäftigung angesichts anhaltender Kürzungen im Sozialbereich in der Regel nicht bieten können, schafft dies oft unbefriedigende Situationen.

Notwendigkeit einer Neubestimmung

Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte, die sowohl unseren Bildungs- als auch unseren Arbeitsbegriff prüft und überdenkt. Beide könnten - weiter gefasst - besser dazu geeignet sein, auf die komplexen Herausforderungen der Zukunft Antworten zu finden. Unsere Gesellschaft „leistet“ es sich aktuell, zu viele Menschen mit ihren Ressourcen und Fähigkeiten „brachliegen“ zu lassen, während andererseits ein drohender Fachkräftemangel beschworen wird.

Deshalb brauchen wir für Bildung und Arbeit flexiblere Rahmenbedingungen, in denen mehr Menschen selbstbestimmt ihre Lern- und Arbeitsprozesse gestalten können, in denen sie sich wohlfühlen, ihre Neugier und Freude an den Inhalten bewahren, in denen sie ihre Kreativität entfalten und initiativ werden können. Um daran so viele Menschen wie möglich zu beteiligen, sollten wir darüber sprechen, wie Arbeit anders und gerechter verteilt werden kann: Menschen im Erwerbsalter brauchen wieder längerfristige Perspektiven, damit ihre Existenz gesichert ist und sie jederzeit und überall auf demokratischer Grundlage an

Work-Life-Balance durch Selbstbestimmung, Wertschätzung und Partizipation

Gesellschaft teilhaben, sie aktiv mit- und selbst gestalten können – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Lebensalter, ihrem kulturellen, religiösen oder sozialen Hintergrund. Geflüchtete müssen schneller einbezogen und an Hand ihrer angewandten Kompetenzen anerkannt werden. Sie alle brauchen die Chance, ihre Fähigkeiten einzubringen und ihre Erwerbsarbeit orientiert an ihren jeweiligen aktuellen Bedürfnissen und Lebensphasen flexibel zu gestalten. Wenn wir den Begriff der „Work-Life-Balance" erst nehmen wollen, sollten wir erkennen, dass er unabdingbar mit Selbstbestimmung, Wohlbefinden und Gesundheit verknüpft ist.

In der täglichen Arbeit des Nachbarschaftshauses wird immer wieder Raum für diesen Diskurs geschaffen, es ist ein Ort, wo sich Menschen um Menschen bemühen mit ihren Lebenswegen, ihren Erfahrungen und Kenntnissen, ihren Wünschen und Plänen. Dafür finden sie hier Ansprechpartner_innen, Gleichgesinnte, Gemeinschaft, Austauschmöglichkeiten, Rat und Unterstützung.

Verlust gewachsener Nachbarschaft

„In Kreuzberg sind die Mieten am teuersten“ (26.02.2015, BZ Berlin) – eine Schlagzeile, die vor 12 Jahren unvorstellbar gewesen wäre.
Mit 10,99 € Nettokaltmiete/qm als Mittelwert liegt Friedrichshain-Kreuzberg laut dem aktuellen Wohnungsmarktbericht 2015 der Berliner Investitionsbank (IBB) in Sachen Neuvermietung wieder an der Spitze. In Kreuzberg weist nur noch der Raum rund um den Wassertorplatz einen vergleichsweise günstigen Mittelwert von 7-8 € Nettokaltmiete/qm auf.[1] Anbieter im oberen Marktsegment südlich und westlich des Görlitzer Bahnhofs verlangen die höchsten Angebotsmieten Berlins.[2]

Diese Spitzenwerte stehen im Widerspruch zu den Ergebnissen des Sozialstrukturatlas 2013. Mit einem Erwerbslosenanteil von 18%[3] und einem Anteil von armutsgefährdeten Rentnern von 10,7 %[4] hat Kreuzberg nach Neukölln und Mitte das höchste Armutsrisiko[5]. Während in den von Armut geprägten bzw. bedrohten Nachbarschaften Investoren ihre Profite maximieren, sind Bewohner_innen mit dem Verlust von gewachsenen Nachbarschaften und der Verdrängung aus ihrer „Heimat“ konfrontiert. „Mit der Verdrängung verlieren diese Menschen nicht nur ihren Wohnraum, sondern auch ihre über Jahre gewachsenen sozialen und solidarischen

Aufwertung und Verdrängung – in Kreuzberg extrem

Netzwerke, die gerade bei fehlenden ökonomischen Ressourcen von existentieller Bedeutung sind. Nachbarschaftliche Unterstützungsleistungen wie Einkaufshilfen, Begleitung bei Arztbesuchen oder Kinderbetreuung fallen in Folge des Verlustes dieser gewachsenen Nachbarschaften weg." erklärt Iwona Chwialkowska, ehemalige Gemeinwesenarbeiterin im Reichenberger Kiez, die übergreifenden Auswirkungen.

Besonders verheerend sind dabei die Folgen für ALG-2 Bezieher_innen, wovon Detlev Kretschmann vom Bündnis Solidarische Stadt und Bewohner im Graefe-Kiez berichten kann: „Diejenigen, die eh sehr wenig haben, kommen am Ende nur über die Runden, weil sie z.B. am Essen sparen, um die Miete weiter zahlen zu können. Die Jobcenter übernehmen die Mieterhöhungen nicht".

Diese Entwicklungen beeinflussen unsere Arbeit vor Ort und wirken sich insgesamt auf die soziale Infrastruktur aus. Immer mehr Einrichtungen in Berlin-Kreuzberg müssen aufgrund von Mieterhöhungen, Eigentümerwechsel oder Kündigung des Mietvertrages aus ihren Räumen, wie z.B. Allmende e.V.- Haus alternativer Migrationspolitik und

Kultur im Graefe-Kiez.
Diese Prozesse führen unter Mitarbeiter_innen des Nachbarschaftshauses Urbanstraße zu Diskussionen, in denen sie ihr Selbstverständnis und ihre Arbeit kritisch reflektieren. Dabei wird oft die Frage gestellt, wie wir die von Verdrängung bedrohten Bewohner_innen unterstützen und zugleich aber auch auf den Wandel des sozialen Milieus reagieren können.

Position beziehen für eine soziale und gerechte Stadt

Neupositionierung der Gemeinwesenarbeit

Klassische Aufgabenfelder unserer Gemeinwesenarbeit im Nachbarschaftshaus Urbanstraße sind u.a. die Vermittlung bei Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum und die Organisation von Begegnungs- und Kommunikationsanlässen, wie z.B. Stadtteil- und Familienfeste, Floh- und Sperrgutmärkte, Urban Gardening Aktionen. Im Zuge der Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse haben sich die Aufgabenfelder verändert und das Nachbarschaftshaus Urbanstraße zu einer Neupositionierung seiner Gemeinwesenarbeit veranlasst. Der bislang praktizierte Handlungsansatz wurde um eine stärkere sozialpolitische Orientierung erweitert.

„Mit unserer Arbeit tragen wir ungewollt zur Aufwertung bei. Investoren verwerten die Verbesserungen der Lebens- und Wohnbedingungen für ihre kapitalgesteuerten Interessen. In Werbebroschüren liest man dann vom Graefe-Kiez, der Toskana Berlins. Wir können dieser Instrumentalisierung unserer Arbeit nur entgegenwirken, wenn wir die Betroffenen in ihrem Widerstand gegen die Verdrängung unterstützen." beschreibt Bahar Sanli, Gemeinwesenarbeiterin im Graefe-Kiez, die Herausforderung.

In welcher Form ein Nachbarschaftshaus vor dem Hintergrund einer vom Land Berlin abhängigen Finanzierung in diesem gesellschaftlichen Konflikt Partei für die betroffenen Bewohner_innen ergreifen und als politischer Akteur auftreten kann, ist eine weitere Herausforderung. Immer wieder bedarf es einer Abwägung von Möglichkeiten und Risiken.

„Doch wenn wir die Sorgen der Menschen, die von Verdrängung betroffen sind, nicht ernst nehmen und uns hier nicht engagieren, dann müssen wir den Sinn unserer sozialen Arbeit in Frage stellen." gibt Markus Runge, stellvertretender Geschäftsführer des Nachbarschaftshauses, zu bedenken. Wenn wir uns selbst und anderen gegenüber glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir Position beziehen für eine soziale und gerechte Stadt und uns mit den Betroffenen solidarisieren, wie auf der Mietenstopp Demo 2012 oder auf den Lärmdemos von Kotti & Co. Bislang sind wir damit auf dem richtigen Weg.

Gemeinwesenarbeit – wir mischen uns ein

Position beziehen – aber wie?

In den Stadtteilen Reichenberger Kiez und Graefe-Kiez schaffen die Gemeinwesenarbeiter_innen über verschiedene Aktionen und Veranstaltungen Räume und Öffentlichkeit für die Problematik der Verdrängung von Mieter_innen. In ihrer Arbeit begegnen sie überwiegend Mieter_innen aus einkommensarmen bzw. -schwachen Haushalten, doch zunehmend auch aus Haushalten mit mittlerem Einkommen. Die Komplexität der Verdrängungsproblematik erfordert ein Wirken in unterschiedlichen Arbeitsfeldern, das hier beispielhaft vorgestellt werden soll:

Informations- und Vernetzungsarbeit mit Mieter_innen

Die Begleitung von Mieter_innen, z.B. zu Treffen mit dem Eigentümer, das Moderieren und Verfassen von Protokollen von Initiativtreffen, die Bereitstellung von Ressourcen, wie für das Bündnis „Zwangsräumung verhindern", die Unterstützung beim Aufbau von Netzwerken, die Initiierung und Mit-Organisation von Protesten und Veranstaltungen sind gegenwärtig einige der Aufgaben, die Mitarbeiter_innen der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit ergänzend übernehmen.
Ein Beispiel für die Informations- und Netzwerkarbeit ist die Unterstützung des Bündnisses „Solidarische Stadt", in dem seit 2013 Basisinitiativen wie Kotti & Co. mit Vereinen und Arbeitskreisen wie der AK Wohnungsnot oder der Landesarmutskonferenz zusammenkommen. Das Nachbarschaftshaus vernetzt und vermittelt zwischen den unterschiedlichen Ebenen und schafft Räume des Austausches. Desweiteren stellt das Haus Ressourcen zur Verfügung und wirkt über die Gemeinwesenarbeit bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen mit. Mit Themen wie „Das lukrative Geschäft mit der

Verdrängung heißt,
alles Vertraute zurückzulassen

Obdachlosigkeit“ oder „Wohnungslos und krank - ein Teufelskreis?“ werden Aspekte von Aufwertungsprozessen aufgezeigt, die in der breiten Öffentlichkeit kaum diskutiert werden, und es wird Raum für Selbstorganisation geschaffen. Kolleg_innen im Kreuzberger Stadtteilzentrum wiederum verknüpfen ihre Beratungstätigkeit zur Existenzicherung z.B. bei drohender und tatsächlicher Obdachlosigkeit mit ihrer Netzwerkarbeit z.B. im Bündnis Zwangsräumung verhindern, der Gruppe „Case Pentru toti“ zur Unterstützung obdachloser rumänischer Familien aus dem Görlitzer Park oder im Arbeitskreis Obdachloser Familien in Berlin.

Kreuzberger Erklärung

Auf Initiative des Nachbarschaftshauses gelang es, den Blick der Kinder- und Jugendeinrichtungen im südöstlichen Sozialraum Kreuzbergs auf die Verdrängungsprozesse in ihrer Nachbarschaft zu lenken und eine gemeinsame Positionierung zu erwirken. „Die Kreuzberger Erklärung ist nicht nur ein Appell an die Verantwortlichen, sondern auch eine Solidaritätsbekundung mit den Menschen, mit denen wir seit Jahren zusammenarbeiten und die nun von Verdrängung bedroht sind.“ stellt Petra Wojciechowski, Mitarbeiterin im Kreuzberger Stadtteilzentrum, klar.

In der im Mai 2013 abgegebenen Erklärung warnen die Einrichtungen z.B. vor der Traumatisierung von Kindern und Jugendlichen durch Zwangsumzüge und Zwangsräumungen. „Wir befürchten,“ so heißt es in der Erklärung, „eine Zunahme an Konflikten der so betroffenen Kinder und Jugendlichen mit „versagenden“ Eltern, die es nicht geschafft haben, ihrer Familie die Wohnung und das Wohnumfeld zu erhalten: Mit vertrauter Schule, vertrauten Freunden und Nachbarn und vertrauten Jugendhilfeeinrichtungen – mit auf sie zugeschnittenen Angeboten in Bildung und Qualifizierung, von denen sie durch Zwangsumzug und Zwangsräumung abgeschnitten werden. Wir sehen teilweise im Fall junger Menschen mit Migrationshintergrund sogar einen wiederkehrenden Verlust von „Heimat““.
Zu den Forderungen, die sie stellen, zählen neben der Einführung von Schutzmechanismen, Milieuschutzsatzung o.ä, die Aussetzung aller Zwangsräumungen, besonders im Fall von Familien mit Kindern und von älteren Menschen.

Alternative Wohnformen als dauerhafte Bleibeperspektive?

Kreuzberger Wohntisch

Gerade vor dem Hintergrund des enger werdenden Wohnungsmarktes können alternative Wohnformen eine dauerhafte Bleibeperspektive bieten und aus der Nachbarschaft eine Solidargemeinschaft werden lassen. Mit dem Kreuzberger Wohntisch spricht das Nachbarschaftshaus seit Januar 2014 Menschen an, die am gemeinschaftlichen und/oder generationsübergreifenden Wohnen interessiert sind. Er wird in Kooperation mit der Netzwerkagentur GenerationenWohnen organisiert und ist für alle offen. Als Begegnungsraum und Diskussionsforum will der Wohntisch Menschen zusammenbringen, die in Kreuzberg leben (bleiben) wollen und gemeinsam mit anderen nach einer Wohnform suchen, die auf ihre Lebenssituation und zu ihren Vorstellungen passen.
Aktuell treffen sich 10-15 Personen, von denen mehr als zwei Drittel Frauen über 50 Jahre sind, die an gemeinschaftlichem Wohnen zur Miete interessiert sind. Die Herausbildung von „Wohnverwandschaften" ist die Ausgangsbasis für eine gemeinsame Suche nach einem geeigneten Mietobjekt. Auch wenn die Umsetzung eines Kreuzberger Hausprojektes zur Miete durch die existierende Wohnungsknappheit und

© STATTBAU GmbH, Fotograf: Christian Muhrbeck

die Mietpreisentwicklung erschwert ist, sind die Wohntischtreffen für Teilnehmende wie Sigrid M. eine wertvolle Erfahrung:„Ich bin froh und glücklich so eine gleichgesinnte Gruppe gefunden zu haben, [..], die sich konstruktiv und engagiert einsetzt, sich gegenseitig respektiert und jede_r seine Meinung äußern kann und eine Gruppenabstimmung gewährleistet. Selbst wenn das gewünschte Ziel nicht zum Erfolg führt, kann ich mir vorstellen, dass unsere Gruppe sich nicht aus den Augen verliert."

Hoffnung und Kraft durch Solidarisierung

Wohnen als Gemeingut – eine Vision

Über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinweg, haben sich die Menschen, denen wir in unserem Arbeitsalltag begegnen, rund um ihren Wohnraum herum eine Heimat geschaffen, die u.a. auf Strukturen von Nachbarschaft, Familie und Freundschaft aufbaut. Wohnen bedeutet für diese Menschen verwurzelt zu sein, sich sicher und wohl zu fühlen.
Was passiert mit den Menschen, wenn sie aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen werden? Welche Auswirkungen hat ihre Verdrängung auf das soziale und kulturelle Leben im Stadtteil und die Arbeit des Nachbarschaftshauses?
Diesen Fragen stellen wir uns tagtäglich. Oft erleben wir Betroffene, die traumatisiert sind und nach zwei Jahren Mietkampf erschöpft aufgeben und sich irgendwo anders in der Stadt eine Wohnung suchen müssen. Diejenigen, die noch bleiben können, haben Sorge, dass auch sie perspektivisch verdrängt werden.

Wohnen, das wird deutlich, ist weitaus mehr als eine provisorische Unterbringung.

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen (kurz: Recht auf Wohnen), das in Artikel 25 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) verankert ist, zeugt von diesem Stellenwert des Wohnens. Und für dieses Menschenrecht gilt es zu kämpfen.
In unserem Engagement gegen die Verdrängung erleben wir, wie aus betroffenen und nicht-betroffenen Nachbarn eine Gemeinschaft wird, in der Menschen unterschiedlicher Milieus und Biographien zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen. Die Hilfe reicht von der Organisation von Protestaktionen gegen Zwangsräumungen im Kiez bis hin zur Erstellung von Briefen an den Vermieter oder an das Jobcenter. Zahlreiche Bewegungen wie Kotti & Co, Bizim Kiez, das Bündnis „Zwangsräumungen verhindern“ oder „Stadt von unten“ zeugen von diesem Zusammenhalt. Die Einzelschicksale verlieren sich dabei nicht in der Anonymität der Großstadt, sondern die Betroffenen schöpfen über die Solidarisierung Hoffnung und Kraft. In dieser Gemeinschaft sind Vielfalt und Miteinander keine Floskeln, sondern werden tatsächlich gelebt.

In der Vision einer sozialen Stadt wird Wohnraum kommunal und gemeinnützig organisiert und von Mietern auf

Wohnraum ist Gemeingut

nachbarschaftlicher Ebene basisdemokratisch gestaltet und verwaltet. In dieser Stadt ist Wohnraum keine Konsumware mehr, die den Gesetzen von Wettbewerb und Gewinnmaximierung unterliegt, sondern ein Gemeingut, das dem Allgemeinwohl dient.

1 http://www.ibb.de/PortalData/1/Resources/content/download/ibb_service/publikationen/IBB_Wohnungsmarktbericht_2015.pdf, Datum des Zugriffs: 08.04.2016

2 http://www.berlinhyp.de/fileadmin/user_upload/2015_WMR_DE_WWW_20150114.pdf, Zugriff: 08.04.2016

3 www.berlin.de/sen/gessoz/_assets/.../gbe_spezial_2014_1_ssa2013.pdf, S. 120 , Datum des Zugriffs: 20.04.2015

4 Ebd., S.151

5 Ebd.,S.134

Für eine gemeinsame Einwanderungsgesellschaft

Kreuzberg ist ein Einwanderungsstadtteil, der sich seit den 50er Jahren durch die Zuwanderung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen im stetigen Wandel befindet. Dabei ist Kreuzberg kein Abbild einer Parallelgesellschaft, sondern ein Beispiel für die bundesweit existierende Migrationsgesellschaft mit einer Mehrheit von Bewohner_innen deutschsprachiger Herkunft. Der Anteil von Kreuzberger_innen, die selbst oder deren Vorfahren vor Jahrzehnten aus anderen Herkunftsländern nach Berlin zugewandert sind, beträgt 53%[1]. Die Sprachenvielfalt umfasst z.B. neben Deutsch als Erst- oder Zweitsprache Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Polnisch, Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Serbokroatisch, Romani. Die Bevölkerung aus der Türkei[2] und arabischen Ländern bildet die größten Gruppen, dicht gefolgt von Einwander_innen aus EU-Ländern wie Polen, Italien, Frankreich oder Spanien und dem ehemaligen Jugoslawien. In der Vergangenheit wurde die Entwicklung hin zu einem Einwandererbezirk sehr kritisch bewertet. Noch in den 70er Jahren titelte der Spiegel „Die Türken kommen

Vielfalt in einem Raum ist nicht gleichzusetzen mit einer vielfältigen Gesellschaft

– rette sich wer kann„ (Spiegel 31/1972) und beklagte „den Verlust der Kneipe am Kottbusser Tor, der mal echt Kreuzberg war, Ecklage, Berliner Kindl, Buletten, Sparverein im Hinterzimmmer. Heute rotiert der Hammelspieß im Hinterzimmer senkrecht, der Kaffee ist süß und dickflüssig, aus der Musikbox leiert orientialischer Singsang." Der damalige Bezirksbürgermeister Günther Abendroth warnte in derselben Ausgabe: „Wenn das so weitergeht, ersaufen wir bald."

Heute bewegt sich das Image von Kreuzberg zwischen den Bildern eines „problembelasteten Armutsbezirks" und einem „aufgewerteten, hippen Multi-Kulti-Bezirk". Die Realität liegt jenseits dieser ideal- und stereotypischen Bilder. In Kreuzberg sind die Chancen und Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft gut lesbar. Vielfalt in einem Raum ist nicht gleichzusetzen mit einer vielfältigen Gemeinschaft. In Kreuzberg existieren erstmal Nachbarschaften der Vielfalt, die in Koexistenz miteinander leben und sich z.B. im öffentlichen Raum begegnen. Aus diesen nebeneinander real existierenden Lebensentwürfen und –modellen kann, muss aber keine Gemeinschaft entstehen.

Sicherlich gibt es kleinräumig betrachtet Häuser, wo auf den Klingelschildern z.B. ausschließlich arabische, türkische oder deutsche Familiennamen zu lesen sind. Angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung der Lebenswelten von Migrantenbevölkerungsgruppen haben diese Häuser keine Aussagekraft über die Lebensmodelle ihrer Bewohner_innen. Hier treffen oft vielfältige Weltanschauungen, Werte, Milieus, Lebensstile, religiöse und politische Haltungen aufeinander. Resultat dieser Entwicklung ist sicherlich die Zunahme von Reibungen und Konflikten innerhalb der verschiedenen Gruppen.
Die Medien berichten in diesem Zusammenhang vom „Schlachtfeld Kreuzberg" (Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010), auf dem nationalistische „Türk_innen" und Kurd_innen sich bekämpfen, oder von „Festnahmen nach Schlägen gegen Israeli in Kreuzberg" (Morgenpost, 13.05.2014).
Diese Ereignisse sind nicht kreuzbergtypisch, sondern gehören, wie der Rassismus im Bildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt, leider zum Alltag einer Migrationsgesellschaft.

Nicht die Herkunft, sondern die Haltung zu bestimmten Themen verbindet

Von Nachbarschaft zu Gemeinschaft

Bei diesen Bildern dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass sich aus den Konflikten und Reibungen zunehmend auch Orte sozialer und politischer Gemeinschaft bilden, die mit Tradition, Gewohnheiten und Brauchtum brechen oder diese umdeuten. Diese Orte werden in der Regel von Kindern der 2. und 3. Einwanderergeneration bespielt.

Das Ballhaus Naunystrasse mit seinem postmigrantischen Theater, die Gayhane-Nächte im SO36 oder der Südblock mit seinen Gazino Nächten sind Beispiele für diese stetig wachsende Szene, in der sich ein urbanes, herkunft[3]s-übergreifendes Milieu trifft.

Auch an Orten des gemeinsamen Kampfes gegen die Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse wie dem Gecekondu der Mieter_innengemeinschaft Kotti & Co., der Initative Bizim Kiez im Wrangelkiez oder in der Solidarisierung mit den Geflüchteten aus der Gerhart-Hauptmann-Schule im Reichenberger-Kiez kommen Bewohner_innen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Sie bilden eine Gemeinschaft in der Nachbarschaft. In diesen Räumen wird deutlich, dass nicht die Herkunft, sondern die Haltung zu bestimmten Fragen, Werten oder Themen ein verbindendes Element ist.

Die Geschichte Kreuzbergs zeigt deutlich, dass sich Gesellschaft und damit die Alltags- und Lebenswelten in der Nachbarschaft durch Zuwanderung verändern.
Diese Veränderungen müssen angesichts der aktuellen Zuwanderung mehr denn je gemeinsam gestaltet werden. Entsprechend der Forderung der „Neuen Deutschen Organisationen (NDO)[4] : „Keine Politik für Migranten, sondern eine Politik für eine gemeinsame Einwanderungsgesellschaft".

Doch angesichts der Reaktionen auf die gegenwärtige Fluchtmigration z.B. aus dem arabischsprachigen Raum scheinen wir von einem gemeinsamen Weg weit entfernt zu sein. „Als ehemaliges Gastarbeiterkind aus der Türkei erlebe ich gerade ein Déjà-vu. Dieselben politischen und öffentlichen Debatten wurden auch in den 90ern geführt. Eigentlich ist es egal, woher die Menschen kommen. Die Vorurteile, Parolen und Sorgen bleiben die gleichen. Und auch die Antworten der Politiker. Aus den 90ern hätten sie doch lernen können." Songül Dogan, Mitarbeiterin.

Durch Handeln Zeichen setzen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Denn Hangar, Turnhallen oder Zelte gab es schon Ende der 80er / 90er während der Migration der DDR-Übersiedler oder der Fluchtmigration aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren. Die Bilder von brennenden Häusern und Übergriffen aus den 90ern tauchen ebenfalls auf, gefolgt von einer Verschärfung des Asylrechts. Im Jahr 2015 wurden bundesweit 1.029 Delikte zum Themenfeld „Straftaten gegen Asylunterkünfte" registriert (Stand 15.02.2016 BKA). Rechtsmotivierte Täter sind für 920 dieser Übergriffe verantwortlich.
Und dass die Herkunft der Zuwanderer bei den Übergriffen und Anfeindungen keine Rolle spielt, zeigt ein Bericht aus der Berliner Abendschau 1989: „Übersiedler ja, aber nicht vor meiner Tür" riefen die Bewohner, in deren Nachbarschaft ein DDR-Übersiedlerheim gebaut werden soll.

Unterstützung als Ausdruck von Protest

In den 90er Jahren setzten Menschen mit Lichterketten ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Heute sind es u.a. die Willkommensinitiativen und –bündnisse der Einwanderungsgesellschaft, die mit ihrem

Handeln ein politisches Zeichen gegen Rassismus, gegen die menschenfeindlichen Übergriffe und Zustände setzen. Hier entstehen Räume des solidarischen Handelns, in dem z.B. Unterstützer_innen arabisch- und deutschsprachiger Herkunft Hand in Hand wirken. „Die eigene Fluchtbiographie vor 20 Jahren bietet Anknüpfungspunkte und schafft Vertrauen. Ich habe Ausgrenzung und Freund–schaft gleichermaßen erlebt. die Hoffnung aber nicht aufgegeben. Ohne die Menschen, die mich auf diesem Weg unterstützt haben, wäre ich nicht hier. Das will ich weitergeben." erklärt Dani Mansoor, Mitarbeiter im Nachbarschaftshaus, der vor 20 Jahren als irakischer Kurde nach Deutschland geflohen ist, seine Motivation.

Akteure mit Migrationsgeschichte als Expert_innen in eigener Sache

Durch dieses Engagement und Selbstorganisation, erklärt Serhat Karakayali, Co-Autor der Studie „Zu Strukturen und Motiven der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland“[5], „leben Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit vor, wovon Politiker seit einigen Jahren gerne reden, nämlich den Wandel hin zu einer Willkommensgesellschaft in Deutschland.“

Das Nachbarschaftshaus Urbanstraße steht seit 1955 Menschen aus der Umgebung und darüber hinaus offen. „Doch selbstkritisch müssen wir zugeben, dass es uns bis Ende der 90er Jahre nicht gelang, das Mutterhaus auch für Einwanderergruppen zu öffnen. Durch die Stadteil- und Gemeinwesenorientierung unserer Arbeit, aber auch durch die Kolleg_innen mit eigener Migrationsgeschichte änderte sich das dann aber sehr schnell.“ bewertet Wolfgang Hahn, von 1978 – 2006 Geschäftsführer des Nachbarschaftshauses, die Verortung des Hauses im Zuge der Herausbildung eines Einwandererbezirks. Heute wird das Nachbarschaftshaus zunehmend als ein Ort des interkulturellen und interreligiösen Austausches, der Begegnung und der Kommunikation wahrgenommen. Unsere Arbeit hat sich in diesem Themenfeld kontinuierlich erweitert.

Integration beginnt mit Information, Austausch und Selbstermächtigung

Wir schaffen Räume, die von Bewohner_innen mit Migrationshintergrund gestaltet werden. Dadurch ermöglichen wir eine Auseinandersetzung mit Fragen und Themen, die nicht von Stellvertreter_innen der Mehrheitsgesellschaft geführt und gesetzt werden. In Gesprächsrunden wie „Plötzlich sind wir alle Muslime. Islamisierung der Einwanderungsdebatte“ oder „Berliner Roma und Sinti als Akteur_innen in Kunst, Bildung und politischer Arbeit“ sind die Akteure vor und hinter den Kulisse Expert_innen und Bewohner_innen mit Migrationshintergrund. Mit der Diskussion „Islam und Feminismus?! Mit dem Koran für Frauenrechte“ wurde ein Thema von muslimischen Bewohnern eingebracht, das bislang im deutschsprachigen Raum öffentlich kaum Beachtung gefunden hat. Erweitert werden diese Veranstaltungen durch die jährlichen „Begegnungstage rund um Glaube(n) in der Nachbarschaft“, an denen sich Glaubensgemeinschaften und Gemeinden aus fünf Weltreligionen in gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen austauschen und in einen interreligiösen Dialog auch mit der Nachbarschaft treten.

Mit neuen Nachbar_innen kommen neue Aufgaben auf uns zu

Angesichts der gegenwärtigen Zwangsmigration aus Kriegs- und Krisengebieten hat sich unsere interkulturelle Arbeit um den Bereich der Arbeit für und mit Geflüchtete_n erweitert. Dies ist ebenfalls eine Konsequenz unserer Stadtteil- und Gemeinwesenorientierung. Mit den neuen Nachbarn kommen neue Aufgaben auf das Nachbarschaftshaus zu.

Neue Zuwanderung – neue Herausforderungen

Über die Gemeinwesenarbeit des Nachbarschaftshauses und die Freiwilligenagentur werden Angebote zur Unterstützung und Organisierung von Bewohner_innen gemacht, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren wollen. Aufgrund der großen Nachfrage nach entsprechender Orientierung und Information organisierten wir bspw. eine Veranstaltung, bei der die in der Nachbarschaft neu entstandenen Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete sowie die Möglichkeiten ihrer ehrenamtlichen Unterstützung vorgestellt wurden. Auch für Geflüchtete werden Informationsveranstaltungen organisiert, z.B. zum Thema Asylrecht. Die Freiwilligenagentur erfasst und aktualisiert regelmäßig den Bedarf an ehrenamtlicher Unterstützung in Friedrichshain-Kreuzberg – sie koordiniert, vermittelt und berät insbesondere auch zum ehrenamtlichen Engagement für, mit und von Geflüchteten.

Wir versuchen geflüchtete Menschen an bestehende Angebote oder Veranstaltungen in der Nachbarschaft oder im Nachbarschaftshaus heranzuführen. Gemeinsam mit Unterstützer_innen und auch mit Geflüchteten entwickeln wir neue Formate, wie z.B. selbstorganisierte Deutsch- und Arabischkurse in unseren Räumen. Das Nachbarschaftshaus Urbanstraße unterstützt Initiativen wie „Kreuzberg hilft!“ oder „International Women's Space Berlin“, indem es seine Vereinsstrukturen zur Verfügung stellt und administrative Aufgaben übernimmt.

Eine große Herausforderung in dieser aktuellen Situation ist es angesichts der vielen akuten und neuen Aufgaben, unsere anderen Arbeitsbereiche und Nutzergruppen nicht aus dem Blick zu verlieren. Es ist oft schwierig, die Balance zu halten zwischen der Unterstützung Geflüchteter in der Nachbarschaft und unseren anderen Themen- und Arbeitsfeldern, in denen es häufig auch um Menschen-

Die schwierige Balance zwischen verschiedenen Arbeitsfeldern

rechtsfragen geht, wie z.B. das Recht auf Wohnen oder die UN-Behindertenrechtskonvention.

„Ich habe oft ein schlechtes Gewissen, weil andere Themen zu kurz kommen, und kenne das auch von Kolleg_innen. Aber die akute Not der Menschen besteht - und oft auch das eigene Gefühl, trotz aller Arbeit nicht genug zu schaffen – und die Energie zu sehr in die Linderung von Symptomen statt in die Änderung struktureller Bedingungen zu stecken ...“ verdeutlicht Bettina Bofinger, Gemeinwesenarbeiterin und Mitarbeiterin der Freiwilligenagentur die Herausforderung im Arbeitsalltag. Gemeinsam mit ehrenamtlichen Unterstützer_innen versuchen Mitarbeiter_innen, die humanitäre Situation für geflüchtete Menschen zu verbessern und Missstände zu skandalisieren. Um andere Themenfelder und Bereiche nicht zu vernachlässigen und Kräfte zu bündeln, suchen wir nach inhaltlichen Überschneidungen und Zusammenhängen, zum Beispiel zu den Themen Verdrängung, bezahlbarer Wohnraum und Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit.

Zudem werden Mitarbeiter_innen mit strukturellen Missständen und Defiziten im Asylsystem konfrontiert. Unter diesen defizitären Bedingungen der Arbeit an der Basis nachzukommen, ist schwierig. „Es gibt Betreiber von Unterkünften, ähnlich wie in der Obdachlosenarbeit, die mit dem Elend und der Not der Menschen auf Kosten von humanitären Bedingungen Profite machen. Ehrenamtliche, die Mängel aufdecken, erhalten Hausverbot. Geflüchtete in den Unterkünften werden eingeschüchtert.“ beschreibt Bahar Sanli, Gemeinwesenarbeiterin, die Konfliktfelder in der gemeinwesenorientierten Flüchtlingsarbeit. Umso mehr ist es unsere Aufgabe nicht nur an der Basis zu arbeiten, sondern auch in die politische und administrative Ebene einzugreifen und Räume für zivilgesellschaftlichen Protest zu schaffen, wenn z.B. die Vermittlungsversuche scheitern.

Solidarität – ein Akt der Empathie und des Engagements für Menschenrechte

Ein gemeinsamer Weg

Generell stellt sich unter den bestehenden Rahmenbedingungen für uns die Frage nach der Wirkung und den Grenzen unserer Arbeit – angesichts des erstarkenden Rassismus und des Mangels an bezahlbarem Wohnraum und an regulären Arbeitsverhältnissen sowie angesichts eines Bildungssystems, in dem der Schulerfolg an die soziale Herkunft gekoppelt ist. Die Bewältigung des Weges hin zu einer Gemeinschaft ohne Grenzen oder Zonen, ohne ideologische Zwangsvereinnahmung, ohne totalitäres, menschenverachtendes Gedankengut, ohne Ausbeutung und Ausgrenzung und ohne Klassen kann nur miteinander erreicht werden. Die Beantwortung der Frage nach dem „Wie" ist die eigentliche Herausforderung. Solidarisierung als ein Akt der Empathie[6] und des sich daraus ableitenden Engagements für die Menschenrechte ist aus unserer Sicht eine der Antworten.

1 Einwohnerzahlen Friedrichshain-Kreuzberg gesamt und nach Regionen, Alter, Geschlecht und Ausländeranteil - Stand 31.12.13, https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/ueber-den-bezirk/zahlen-und-fakten/ Zugriff: 14.02.2016

2 Einwanderer aus der Türkei sind ethnisch-kulturell vielfältig und mehrsprachig. Zu den unterschiedlichen Gruppen zählen u.a. Kurden, Zaza, Lasen, Pontus-Griechen, Tataren oder auch Aramäer vgl. „Das ethnische und religiöse Mosaik der Türkei und seine Reflexionen auf Deutschland", Zentrum für Türkeistudien, Münster 1998.

3 Herkunft bezieht sich z.B. auf die soziale, sprachliche und religiöse Herkunft.

4 Deutschlandweit haben sich in den vergangenen Jahren Initiativen von Menschen gegründet, die sich nicht mehr als Migranten- und Ausländervereine bezeichnen. Stattdessen heißen sie „Buntesrepublik", „Schülerpaten", „Deutschplus" usw. Ihre Botschaft: Deutschsein ist heute mehr, als deutsche Vorfahren zu besitzen. Seit 2015 treffen sie sich bundesweit unter dem Dach der „Neuen Deutschen Organisationen".

5 Serhat Karakayali, Olaf Kleist (2015): Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland Berlin: BIM

6 Empathie verstehen wir als die Bereitschaft, Gefühle, Motive und Gedanken einer anderen Person zu erkennen, zu verstehen und daran Anteil zu nehmen, ohne jedoch die Distanz zur Person und dem Ereignis zu verlieren. Eine kritische Selbstwahrnehmung und eine bewusste Verortung seiner eigenen Person in diesem Kontext sind dabei grundlegend.

Schule als Klassen-Raum

„Auf welche Schule werdet ihr euer Kind schicken?“ fragt ein Elternteil den anderen auf einem Spielplatz im Graefe-Kiez. Eine ganz normale Frage – denken sich nun viele. Doch berücksichtigen wir bei der Antwort die soziale und kulturelle Herkunft der Gesprächsteilnehmer, so bekommt die Frage eine politische Dimension. Vor dem Hintergrund der rasant steigenden Mieten in einem der ärmsten Bezirke Berlins verändert sich durch Zuzug einkommensstarker und die Verdrängung einkommensschwacher Gruppen auch die soziale Zusammensetzung im Bezirk. In einigen Kreisen ist von der sogenannten neuen sozialen Vielfalt die Rede, die mit Blick auf die Schulen als Chance wahrgenommen wird. Bis vor 5-6 Jahren wanderten Mittelschichtsfamilien vorwiegend deutscher Herkunftssprache aus Kreuzberg ab, sobald ihr Kind ins Einschulungsalter kam. Die mangelnde Schulqualität im Stadtteil war einer der genannten Hauptgründe für den Wegzug. Von der Entmischung Kreuzberger Schulen war

Vielfalt versus Förderung?

die Rede. Nun bleiben diese Familien und es ziehen weitere einkommensstarke Familien zu. Ihre Kinder werden seit Jahren z.B. von den Schulen im und um den Graefe-Kiez herum umworben. Als „Elternfishing“ wird dieser Wettbewerb in den Medien bezeichnet. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, schneidet die eine oder andere Schule ihre Angebote auf die Bedürfnisse dieser Haushalte zu.[1] So bilden sich in den eher von Bildungsbürgern gemiedenen Schulen entweder kleine Mittelschichtsinseln, die von Kritikern als Eliteklassen oder auch als Deutschklassen bezeichnet werden. Oder es gibt sog. Quotenregelungen, die den Ruf einer „deutschgeprägten“ Mittelschichtsschule begünstigen. Die Schulen, an denen immer noch das Image einer „Problemschule“ haftet, können diesem Wettbewerb selten standhalten und geraten dadurch stärker unter Druck. Denn ein geringer Anteil an Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache (ndH) und mit Lernmittelbefreiung zählt zu den wesentlichen Auswahlkriterien der umworbenen Milieus.[2]Der Klassenraum wird so zum KLASSEN-Raum. Die Schule zum Zeichen der Klassenzugehörigkeit, die wiederum „ethnisiert“ wird. „Diese Entwicklung bestätigt die Tatsache, dass unser Bildungssystem immer noch auf das deutsche Akademikerkind zugeschnitten ist. Verlierer sind mal wieder die Kinder aus ärmeren Familien – insbesondere jene mit Migrationshintergrund.“ Bahar Sanli, Stadtteil- und Gemeinwesenarbeiterin im Graefe-Kiez.

Doch ist die Entscheidung dieser Eltern so verwerflich? Warum sollen sie darauf vertrauen, dass die Schulen den Herausforderungen der sozialen und kulturellen Vielfalt gewachsen sind, wenn die soziale Herkunft weiterhin über den Bildungserfolg entscheidet?[3] Warum sollen sogenannte Mittelschichtseltern die Lösung für die Bildungsmisere sein? Das Vertrauen in das Bildungssystem fehlt. Auch bei den Eltern aus sozial benachteiligten Haushalten mit einem hohen Bildungsstreben fehlt das Vertrauen. Sie befürchten, dass ihre eigenen Ausgrenzungserfahrungen, z.B. als „Arbeiterkinder“ oder „Gastarbeiterkinder“ in der Schule, reproduziert werden. Sie begrüßen einerseits die sogenannte „neue soziale Vielfalt“ an den Schulen, sehen aber das Risiko einer Verstärkung von Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen. Die Sorge, die Lehrer würden sich im Unterricht nur noch um die Mittelschichtskinder bemühen, ist unter den betroffenen Familien sehr verbreitet.

Schule im Wettbewerb – wer bekommt die Besten?

Vor dem Hintergrund der Diskussionen, z.B. in Bezirksschulbeiräten über den Lehrermangel, die Ausfallstunden, die überfrachteten Lehrpläne und die großen Klassen, scheinen Zweifel berechtigt zu sein. In Fachkreisen wird beklagt, dass die Lehrerschaft nicht die Lebenswelt der Schüler widerspiegelt. Es fehlt an Vorbildern, die es „geschafft" haben. „Schon jetzt wird die Leistungsfähigkeit von Schulen einer extremen Belastungsprobe unterzogen, die manche Kollegien an die Grenzen ihrer Möglichkeiten bringt." erklärt Vera Klauer, von elhana Lernpaten, die gegenwärtige Situation." Der Ansatz der „eigenverantwortlichen Schule", der Schulen mehr Autonomie und Handlungsspielräume bieten soll, um auf die Gegebenheiten vor Ort besser reagieren zu können, birgt in der Umsetzung Risiken. „Schulleitungen verpflichten sich Verantwortung für Führung, Strategie wie auch für das Erreichen des vereinbarten Leistungssolls zu übernehmen", heißt es bei der Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft.[4] Von Schulmanagement, Zielvereinbarungen und Effizienz- und Effektivitätsgewinnen ist die Rede. Schule als Unternehmen? Viele Akteure, Beteiligte und Betroffene sind mit dieser Entwicklung unzufrieden. Sie versuchen sich entweder mit den Missständen eines zunehmend ökonomisierten Bildungssystems, in dem die soziale Herkunft noch über den Bildungserfolg entscheidet, so gut wie möglich zu arrangieren. Oder sie kämpfen- egal ob Eltern, Elterninitiativen oder Lehrer und Schulleiter – vereinzelt dagegen an.

Wie ist der Wandel möglich?

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie Veränderung auf lokaler Ebene möglich ist, wenn die Ursachen im bestehenden Bildungssystem liegen, das soziale Ungleichheit reproduziert und z.B. Kinder aus Einwandererfamilien diskriminiert.[5]

Schule im Sozialraum –
Vernetzung als Chance

Von einem Bildungsnetzwerk zu einer Bildungsgemeinschaft

Durch die Mitwirkung im Bildungsnetzwerk Graefe-Kiez stellt sich das Nachbarschaftshaus Urbanstraße dieser Frage und den damit verbundenen Herausforderungen. Die Vernetzung, Organisierung und Kooperation von informellen und formellen Einrichtungen in dem Bildungsnetzwerk stellt einen Anfang für eine mögliche Veränderung dar. Das Nachbarschaftshaus Urbanstraße wirkt nicht nur in der Koordinierungsgruppe mit, sondern bietet über seine Einrichtungen wie den Drehpunkt, die Schulsozialarbeit an der Bürgermeister Herz-Grundschule oder dem GraefeKids alternative Bildungsorte und –zugänge. Im Rahmen des Bildungsnetzwerkes finden z.B. anlässlich von Projektwochen oder Schulpraktika zahlreiche Kooperationen statt. Beim Bildungsfachtag „Neue Vielfalt – Bildung für alle“ im September 2015, der vom Bildungsnetzwerk Graefe-Kiez organisiert wurde, setzten sich die teilnehmenden Einrichtungen kritisch mit den sozialstrukturellen Veränderungen in der Bewohnerschaft und ihren Auswirkungen auf die Bildungseinrichtungen auseinander. Die Ergebnisse des Fachtages dienen der

Koordinierungsgruppe als Grundlage zur Erarbeitung eines Handlungskonzeptes, das eine soziale und solidarische Bildungsgemeinschaft anstrebt.

Über das Lernen hinaus

Seit 2006 engagieren sich die elhana Lernpaten in der Düttmann-Siedlung für gerechte Bildungschancen. elhana – ein Freiwilligenprojekt, das mehrere Jahre in der Trägerschaft des Nachbarschaftshauses wirkte – hat sich vor kurzem als gemeinnütziger Verein mit dem Namen elhana Lernpaten e.V. selbständig gemacht. „Wir sehen den Schritt in die Eigenständigkeit als einen großen Erfolg. Die lange Warteliste von benachteiligten Kindern aus der Düttmann-Siedlung auf eine Patenschaft zeugt einerseits

Patenschaft – Erfolgsmodell auf Augenhöhe?

von Vertrauen in dieses Projekt, aber zeigt auch den hohen Bedarf an notwendigen, außerschulischen Unterstützungsleistungen." bewertet Matthias Winter, Geschäftsführer die Entwicklungen. Elhana vermittelt ehrenamtliche Lernpat_innen in Familien der Düttmann-Siedlung, die dort ein Kind oder einen Jugendlichen beim Lernen unterstützen. „Dabei geht die Begleitung über das bloße Lernen hinaus, da die Lernpat_innen für die Kinder Vertrauenspersonen sind, mit denen sie auch über Probleme und Konflikte in der Schule oder ihre Versagensängste sprechen können." hebt Vera Klauer, Lernpatin und langjährige Mitarbeiterin, die Vielschichtigkeit des Projektes hervor. Darüber hinaus sorgt der regelmäßige Besuch in der Familie dafür, dass die Eltern in die schulische Entwicklung ihres Kindes eingebunden sind und durch den Kontakt zu dem/der Lernpat_in erfahren, wie sie ihr Kind unterstützen können. Für viele Kinder ist der Kontakt zu ihrer/m Lernpat_in oft die einzige Möglichkeit eine andere „Welt" kennenzulernen, in der Menschen studieren, Berufe ausüben und ganz selbstverständlich Teil einer Gesellschaft sind, in der die Kinder und ihre Eltern sich oft als Ausgeschlossene erleben.

Ein steiniger Weg

Obwohl mit dem Bildungsnetzwerk der erste Schritt in Richtung Wandel getan ist, scheint der Weg zu einer effektiven Zusammenarbeit zwischen den formellen und informellen außerschulischen Einrichtungen noch weit zu sein. Denn die unterschiedlichen Bildungsorte in der Nachbarschaft werden hierarchisch unterschiedlich anerkannt und positioniert. So steht die Schule als Bildungsort immer noch im Zentrum, was u.a. mit dem verengten Bildungsbegriff zusammenhängt, der Bildung als einen Zustand und nicht als einen ganzheitlichen Prozess begreift. Die außerschulischen Bildungs- und Lernorte werden – von Eltern und formellen Einrichtungen - immer noch auf eine Zulieferfunktion reduziert und laut Vera Klauer von den elhana Lernpaten „nicht als ebenbürtige Partner im Bildungskontext anerkannt". Dabei können nach ihrer Ansicht lokale Bildungslandschaften am besten auf gegenwärtige und zukünftige Bildungsbedarfe reagieren.
Die Kinder- und Jugendeinrichtungen des Nachbarschaftshauses stehen aufgrund der Veränderung der Sozialstruktur im Stadtteil vor einer neuen Heraus-

Non-formale Bildung –
Vielfalt als Herausforderung

forderung. Angebote wie Graefe-Kids, Drehpunkt oder das Familienbündnis Graefe-Süd werden vorwiegend von Kindern aus sozial benachteiligten Familien – insbesondere mit türkisch- oder arabischsprachigem Hintergrund genutzt. Kinder aus Mittelschichtsfamilien bleiben bislang leider weg. „Dabei sind das Orte, an denen Kinder aus unterschiedlichen Lebenswelten sich ohne Leistungsdruck begegnen und voneinander lernen können. Natürlich sehen wir auch, dass das Wissen um die Verdrängung einkommensschwacher durch einkommensstarke Familien auf beiden Seiten Vorbehalte und Berührungsängste befördert." erklärt Matthias Winter, Geschäftsführer, das Dilemma, in dem sich unsere Arbeit bewegt. Öffnen sich die Einrichtungen den privilegierten Milieus, so besteht angesichts des defizitären Angebots von öffentlichen Trägern im Gebiet das Risiko der Verdrängung von Kindern aus benachteiligten Haushalten. Andererseits würden gerade diese Einrichtungen Räume der Begegnung bieten, die Freundschaften über Milieus hinweg ermöglichen. Doch würden die privilegierten Kinder und Jugendlichen überhaupt die bestehenden Angebote wahrnehmen? Wen würden wir dann ausschließen?

Nicht selten kommen Kolleg_innen aus den Arbeitsbereichen des Nachbarschaftshauses in die Situation, dass ihnen Eltern und Kinder bzw. Jugendliche von Diskriminierungserfahrungen an Schulen berichten.[6] Die Herausforderung in diesen Situationen liegt in der Gratwanderung zwischen Parteilichkeit und Neutralität. Parteilich müssen wir mit den Betroffenen, neutral in der Ansprache von Schule sein. Wie können wir beide Haltungen miteinander vereinbaren, ohne einen Vertrauensverlust von einer der Seiten zu riskieren?

Bildung für alle – aber was für eine?

Eine Bildung, die von sozialer und ethnisch-kultureller Herkunft unabhängige Chancen bietet und auf einem System aufbaut, das den Wettbewerb ablehnt, solidarisch, gerecht und sozial ist.

Leider sind wir von dieser Vision politisch und gesellschaftlich noch weit entfernt. Bildung ist immer noch eher ein Privileg, denn ein Recht, das diskriminierungsfrei gewährt wird.[7] Aber Visionen sind eine treibende Kraft und um mit einem „alten Schulbekannten" abzuschließen:

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt. Der andere packt sie kräftig an – und handelt." Goethe

Vision von Bildung – solidarisch, gerecht und sozial

1 Neben Französisch- und Englischunterricht ab der 1. Klasse bieten die Schulen u.a. Gruppeneinschulungen in eine Klasse an. Inoffiziell fragen Eltern auch gezielt nach einem/r Lehrer_in. Ihrem Wunsch wird entsprochen. Vor ein paar Jahren gab es offiziell die sog. „Deutsch-Garantie-Klassen", gegen die Zuwandererfamilien protestiert haben.

2 Auf den Internetseiten des Berliner Senats werden bezüglich Kreuzberger Schulen am häufigsten die Informationen über die Zusammensetzung der Schüler_innenschaft, also auch der Anteil der Schüler_innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache abgerufen („Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration" 2012: 13). Die Studie legt nahe, dass Eltern oft keine Kenntnisse über die tatsächliche Qualität der Schulen haben und sie daher den „Zuwandereranteil einer Schule als Indiz für ein schlechtes Lernumfeld und ein niedriges Leistungsniveau" interpretieren (ebd.: 12).

3 vgl. hierzu z.B. Chancenspiegel 2014 - Regionale Disparitäten in der Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme, Bertelsmann Stiftung, Institut für Schulentwicklungsforschung Dortmund, Institut für Erziehungswissenschaft Jena (Hrsg.)

4 http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Schulleiter.pdf/$file/Schulleiter.pdf, Juli 2013 Zugriff: 29.11.2015

5 Factsheet: Diskriminierung im vorschulischen und schulischen Bereich: Eine sozial- und erziehungswissenschaftliche Bestandsaufnahme, 01.08.2013, Antidiskriminierungsstelle des Bundes

6 2013 haben die Open Society Justice Initiative (OSJI) und der Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. (MRBB) gemeinsam ein Symposium "Diskriminierung an Berliner Schulen benennen: Von

Rassismus zu Inklusion" veranstaltet, das mit einer Fotoausstellung begleitet wurde. Dokumentation: www.gewberlin.de/public/media/Dokumentation_Symposium_Diskriminierung_an_Berliner_Schulen_benennen_.pdf

7 „Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung." (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), Artikel 26) Die UN-Kinderrechtskonvention (KRK) benennt in Artikel 2 (Achtung der Kinderrechte, Diskriminierungsverbot), dass der Staat verpflichtet ist, Kinder vor jeglicher Form der Diskriminierung zu schützen.

Impressionen aus dem Jubiläumsjahr

Jubiläumswochenende 62

Von den Anfängen –
Eine Ausstellung über die Nachbarschaftsarbeit
in Kreuzberg von 1949-1955 68

„NHU goes Cinema“ –
Filmreihe im Nachbarschaftshaus 70

Inklusive Zirkuswoche 72

Jubiläumswochenende

Ein ganzes Wochenende im Juli stand das Jubiläum des Nachbarschaftshauses im Mittelpunkt. Am Freitag luden wir bei hochsommerlichen Temperaturen Freunde, Wegbegleiter und Kooperationspartner zu einem offiziellen Jubiläums-Empfang ein – mit Festreden, Kulturprogramm, Ausstellungseröffnung und buntem Buffet. Die im Nachbarschaftshaus beheimatete Theatergruppe IKARUS zeigte abends die Premiere ihres Stückes „Hallo Nachbar_in! – ein Lob- und Schmähspiel". Am Samstag gab es den Ball der Nachbarschaft von „taktlos", und am Sonntag klang das Wochenende mit unserem traditionellen Sommerfest im Garten aus.

Jubiläumswochenende

verbote

Jubiläumswochenende

Von den Anfängen – Eine Ausstellung über die Nachbarschaftsarbeit in Kreuzberg von 1949-1955

Die Ausstellung beginnt mit dem Jahr 1949, in dem das Haus von amerikanischen Mennoniten als Nachbar–schaftsheim eröffnet wurde, und informiert über die Jahre bis zur Gründung des Vereins „Nachbarschaftsheim Urbanstraße“ 1954. Die Realisierung der Ausstellung war uns Dank der Erinnerungen und Fotos von Anne Buller möglich. Sie und ihr inzwischen verstorbener Mann Harold waren die Gründer des Hauses. Ihr Besuch am Fest-wochenende, zu dem sie gemeinsam mit Kindern und Enkelkindern aus Ohio anreiste, war der unbestrittene Höhepunkt unseres Jubiläumsjahres.

Nachbarschaft
KREUZBERG

„NHU goes Cinema“ – Filmreihe im Nachbarschaftshaus

„NHU goes Cinema“ - Filmreihe im Nachbarschaftshaus
Wir zeigten in der Reihe sechs Filme aus sechs Jahrzehnten des Bestehens des Nachbarschaftshauses, die sich um Kreuzberg oder Berlin drehten. Präsentiert wurde ein vielfältiges Programm – von dem Dokumentarfilm „Gigant Berlin“ (1964), der den West-Berliner Alltag Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre zeigte, über den Spielfilm „Der Umsetzer“, in dem die radikale Stadtsanierung der 70er Jahre authentisch thematisiert wird, bis zu „A BERLIN STATE OF MIND“ (2014), der vier sehr unterschiedliche Kreuzberger Protagonist_innen porträtiert.

Verdrängung
hat viele
Gesichter
Ein Film des Filmkollektivs „Schwarzer Hahn" 94 min, 2014

60 Jahre NHU
IMMER WIEDER
FREITAGS ...
FILMREIHE 6 FILME AUS 6 JAHRZEHNTEN
URBANES BERLIN – LEBEN IN KREUZBERG
NHU
24.4.2015
8.5.2015
26.6.2015
24.7.2015
16.10.2015
13.11.2015
...IM NACHBARSCHAFTSHAUS URBANSTRASSE 21

Inklusive Zirkuswoche

Im Mai stand dieses Zirkuszelt im Garten des Nachbarschaftshauses! Es handelte sich hierbei nicht um einen gastierenden Zirkus, sondern um ein Zelt, in dem Kinder und Jugendliche selbst Akteure in der Manege sein konnten. Angeboten wurden Zirkus-Workshops für Schulklassen und Kita-Gruppen, am Nachmittag gab es offene Trainingsmöglichkeiten für Familien aus der Nachbarschaft. Krönender Abschluss der inklusiven Zirkuswoche war eine festliche Gala-Abendvorstellung.

Impressum

Herausgeber:
Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.
Urbanstraße 21, 10961 Berlin
www.nachbarschaftshaus.de

Texte:
Bahar Sanli, Andrea Brandt, Markus Runge

Redaktionsteam:
Bettina Bofinger, Bahar Sanli,
Markus Runge

Layout: Gerhard Fuhrmann

Gesamtverantwortung:
Matthias Winter

April 2016

Diese Broschüre wurde möglich mit Hilfe der Förderung der Lotterie „PS-Sparen und Gewinnen“ der Berliner Sparkasse, ausgereicht über die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.

„Jetzt erst recht!“